

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gespaltenen Kolonnen-Zeile 50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Berlag von A. Breh. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Der 8. Internationale Kongress in Kopenhagen.

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Mit diesem wichtigen, meisterhaft geformten Satz schließt das „kommunistische Manifest“. Der Satz ist in seiner Einfachheit und Klarheit ein rhetorisches Meisterwerk, aber er ist nicht weniger als nur ein rhetorisches Meisterwerk. Er ist vielmehr ein Meisterwerk schlechthin. Er spiegelt eine unendliche Summe von Erkenntnis des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens wider, er ist das Fazit tiefgründiger Untersuchungen über die Möglichkeiten und Bedingungen der Emanzipation der Arbeiterklasse. Das tritt heute, wo der Inhalt des Satzes Gemeingut der Arbeiterbewegung ist, soweit sie sich nicht durch und für die besitzenden Klassen einfangen läßt, weniger hervor als zu der Zeit, in der der Satz geschrieben wurde. Kapitalistische Profitpatrioten und ihre mehr oder weniger gut bezahlten und mehr oder weniger schlecht veranlagten Handlanger sehen in diesem Satz den Punkt, an dem sie mit ihren Angriffen und Verdächtigungen der Arbeiterbewegung einsehen und von dem aus sie mit Vorliebe ihre national, patriotisch, vaterländisch oder sonstwie drapierte Verteidigung der heutigen „Ordnung“ unternehmen. Unter Gleichstellung der Begriffe „international“ und „vaterlandlos“ oder „vaterlandsfremdlich“ wird die nach internationaler Zusammenfassung strebende Arbeiterschaft hingestellt als eine Horde von Menschen, die wahllos und rücksichtslos alle nationalen Eigenheiten vernichten, jede Liebe zur Heimat ersticken, jede kulturelle Grenze verwischen, jeden Unterschied und jeden Wettstreit zwischen Völkern und Nationen aufheben will.

Diese Vorwürfe sind nicht nur albern, sondern auch eitel Heuchelei. Denn nichts ist internationaler als das Kapital und niemand setzt sich leichter und rücksichtsloser über alle nationalen Schranken hinweg als der Durchschnittsunternehmer. Ja, selbst als Klasse sind die Besitzenden viel weniger rechte Kinder ihres Vaterlandes als die Proletarier. Das war übrigens früher schon so. Die Zeit liegt noch gar nicht so weit hinter uns, wo es in „hohen“, „höchsten“ und „allerhöchsten“ Kreisen für unanständig und ungebührlich galt, sich im Umgang der deutschen Sprache zu bedienen. In manchen Kreisen ist das heute noch nicht viel anders. Und wenn nun diese Patent- und Progenypatrioten, die sich der eigenen Sprache schämen und über „Gefährdung der nationalen Kultur“ reden, die dem Feinde Waffen gegen das eigene Vaterland liefern und sich dabei als „Mehrere deutscher Macht“ aufspielen, herkommen und dem Proletariat einreden wollen, es müsse mit seinen Bestrebungen innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle bleiben, so kann das naturgemäß nur der Erkenntnis entspringen, daß gerade in der Internationalität eine mächtige Waffe des Proletariats liegt. Und dem ist auch so.

Gäbe es einen isolierten Staat, einen Staat, dessen Grenzen hermetisch verschlossen wären gegen alle Einflüsse und jeden Austausch, so könnte innerhalb dieses Staates eine Klasse um ihre Befreiung kämpfen, ohne daß die Wellen dieses Kampfes über die Grenzen hinaus schlagen. Aber es gibt keinen solchen Staat. Heute flutet alles durcheinander. Die Grenzen werden mehr und mehr nur Steuereinzugsstellen. Polypenarmen gleich schiebt sich das Kapital eines Landes über den ganzen Erdball, schlägt hier und dort seine Saugnapfe ein, beutet die Proletarier aller Länder aus ohne Rücksicht auf Farbe, Religion und Vaterland. Das Kapital kennt nur eine Arbeiterluge: die Zufriedenheit. Die Arbeiter aber können unter diesen Umständen den Saugarmen des Kapitals nur entinnen, wenn sie in ihrem Kampfe alle Landesgrenzen überspringen, wenn sie zum Kampfe aufrufen alle Ausgebeuteten und Unterdrückten, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Sprache, Farbe, Vaterland und Religion.

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Schon um die Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts machte sich im europäischen Proletariat das Bestreben geltend, die Kräfte zusammenzufassen. Die Gründung der Internationalen Arbeiter-Assoziation war die Folge. „In Erwägung: daß alle auf die Emanzipation der Arbeiterklasse gerichteten Versuche bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den verschiedenen Zweigen der Arbeiterklasse eines Landes und an dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind...“ erklärt der erste Internationale Arbeiterkongress, daß die internationale Arbeiter-Assoziation Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen, ohne Rücksicht auf Bekenntnis oder Nationalität, anerkennen“, heißt es in dem vom ersten Kongress in Genf (3.—9. September 1866) angenommenen General-Statuten. Wenngleich der Satz von „Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit“ in seiner verschwommenen Unbestimmtheit bürgerlich-ideologische Einflüsse erkennen läßt

— in den modernen liberalen „Freigeistern“, die sich die Dreieinigkeit „wahr, gut und schön“ zum Mittelpunkt ihrer überschwänglichen und deshalb, wie auch sonst unverdäulichen Redesuppen erkoren haben, findet er sein verschlechtestes Gegenstück —, so leuchtet die proletarische Erkenntnis doch klar genug daraus hervor.

Und in den Verhandlungen des Kongresses finden wir zum Teil schon jene Punkte, die auch heute noch im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen: die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, den Arbeiterschutz, das Genossenschaftswesen. Allerdings herrschte über die Lösung dieser Fragen noch sehr viel Unklarheit. Wenn die französische Delegation in einer Denkschrift an den Kongress „die Ueberfüllung und den Mangel an Arbeitern in einzelnen Gewerben“ durch „genaue Statistiken“ vermeiden wollte, so ist das eine Auffassung, die uns heute recht oberflächlich anmutet. Auch die Stellung zu den Genossenschaften war wenig klar. Die Mehrheit der Delegierten bekannte sich zu dem Standpunkt Lassalles, daß der Arbeiter nicht als Konsument, sondern als Produzent organisiert werden müsse. In der Resolution des Generalrats heißt es denn auch: „Wir empfehlen den Arbeitern, sich viel mehr auf Kooperativ-Produktion, als auf Kooperativ-Krämereien einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Wesens, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an.“ Ein Jahr später, auf dem Kongress zu Lausanne, gaben die Genossenschaften Anlaß zu einer recht eigenartigen Auseinandersetzung. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht dadurch, daß sich die bestgestellten, intelligenten, energischen Arbeiter in Kooperativgesellschaften zusammenschließen, ein ganz elender „fünftes“ Stand als Bodenfuß des Wirtschaftslebens übrig bliebe. Diese Frage wurde in einer Resolution bejaht, in einem Zusatz wurde jedoch erklärt, daß diese Gefahr mit dem Ueberhandnehmen der modernen Industrie, die die genossenschaftliche Arbeit für alle notwendig mache, verschwinden würde. Die Dinge haben sich in der Folge anders entwickelt. Die Produktivgenossenschaften bewährten sich wenig oder gar nicht und die „Krämereien“ blühten. Aber der Geist der Resolution von 1867 hat sich noch Jahrzehnte später als Hemmschuh der Genossenschaftsbewegung erwiesen.

Auch die Frage der Kriege und der Abrüstung hat die Internationale Arbeiter-Assoziation schon beschäftigt. Dem dritten Kongress, der vom 6. bis 13. September 1868 in Brüssel tagte, lag als erster Punkt der Tagesordnung die Frage vor: Wie hat sich die Arbeiterklasse im Falle eines Krieges zwischen zwei oder mehr Großmächten zu verhalten? Der Kongress beantwortete die Frage durch Annahme einer Resolution, in der der Krieg verdammt wird, weil er nur ein Mittel ist, die Völker unter das Joch der privilegierten Klassen zu bringen, weil er den Despotismus befestigt und die Freiheit erstickt, weil er Unwissenheit und Elend verewigt, Jammer und Verderben über das Volk bringt usw. Und am Schluß werden alle Arbeitergesellschaften und Verbindungen aufgefordert, mit aller Listkraft auf Vermeidung der Kriege hinzuwirken. Und als wenige Jahre später der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrach, erließ der Generalrat im April und September je ein Manifest gegen diesen Krieg.

Seitdem ist bald ein halbes Jahrhundert verfloßen. Manche Voraussetzung ist seitdem gefallen, mancher Schluß hat sich als irrig, manche Maßnahme als falsch erwiesen, aber fest und unverrückbar, allen Stürmen trotzend, ist in die Herzen der Arbeiterschaft das Wort eingegraben:

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Getreu diesem Wahlspruch versammeln sich in der Woche vom 28. August bis 3. September die Vertreter des internationalen Proletariats in Kopenhagen zum 8. Internationalen sozialistischen Kongress. Dort soll erneut beraten werden, ob und wie sich das Zusammenarbeiten des internationalen Proletariats noch mehr fördern läßt, und es soll geprüft werden, was bisher erreicht ist und worauf in nächster Zukunft die Kräfte zu konzentrieren sind. Die vorläufige Tagesordnung des Kongresses umfaßt folgende Punkte:

1. Die Beziehungen zwischen den Genossenschaften und den politischen Parteien.
2. Die Arbeitslosenfrage.
3. Das Schiedsgericht und die Abrüstung.
4. Die internationalen Ergebnisse der Arbeitergesetzgebung.
5. Die Organisation einer internationalen Randgebung gegen die Todesstrafe.
6. Das für die rasche Ausführung der Beschlüsse der internationalen Kongresse einzuschlagende Verfahren.
7. Die Organisation der internationalen Solidarität.

Das sind durchweg Fragen praktischer „positiver“ Arbeit. In unserem kurzen historischen Rückblick haben wir gezeigt, daß sie zum Teil schon Jahrzehnte Objekte unserer Arbeit, unseres Kampfes sind. Und ein Vergleich zwischen dem

Einst und dem Jetzt zeigt, daß die Arbeit und der Kampf nicht vergeblich waren. Das Genossenschaftswesen von heute ist nicht mehr ein theoretisches Problem, sondern eine Frage der lebendigen Praxis. (Der Streit der Unter- und Ueberneutralen dreht sich nicht um die Genossenschaften, sondern um die eigene Einseitigkeit.) Es geht sich jetzt mehr darum, Erfahrungen auszutauschen, als spekulative Erwägungen aufzustellen und „Grenzregulierungen“ vorzunehmen.

Der 2. Punkt, die Arbeitslosenfrage, ist heute ebenfalls seiner Lösung nähergebracht. Die Illusion, man könne diese Begleiterfrage der modernen Industrie statisch aus der Welt schaffen, ist geschwunden. Die ökonomische Einsicht sowohl, als auch die Erfahrung lehrt uns, daß die industrielle Reservearmee nicht aus der mangelnden Organisation des Arbeitsmarktes, sondern aus der Verwollkommnung der Organisation des Arbeitsprozesses quillt. Mit dieser Erkenntnis wurden aber auch die Mittel zur Gegenwehr erkannt. Die Organisationen der Arbeiter rücken von zwei Seiten gegen das Uebel vor. Zudem sie Verkürzung der Arbeitszeit erkämpfen, suchen sie die Quelle der Arbeitslosigkeit einzudämmen und durch Unterstützung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen mildern sie ihre sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Aber diese Hilfe ist unzureichend. Selbst in den bestorganisierten Ländern vermag sie nur zu hemmen, in den schlecht organisierten gelingt ihr selbst das kaum. Und nun greift weiterbauend die politische Organisation der Arbeiterklasse ein. In allen Parlamenten, in der Presse und allüberall, wo sie an die Öffentlichkeit dringen kann, erhebt sie die Forderung, daß das Reich, der Staat, die Kommune die Pflicht hat, hier einzugreifen. Und hier und da ist es schon gelungen, die Öffentlichkeit in Bewegung zu bringen, Staat und Kommunen zur Stellungnahme zu zwingen. Die Verhandlungen des Internationalen Kongresses werden dieser Bewegung neuen Nachdruck verleihen.

Und so wird auch in allen übrigen Punkten der Internationale Kongress unsere Arbeiten befruchten, unsere Kämpfe fördern, unsere Wege ebnen können. Er wird auch zeigen, daß die Arbeiterschaft den Mahnruf ihres Vorkämpfers nicht vergessen hat:

„Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Beitragserhöhung.

Der Vorstandstag in Halle hat die Beiträge für alle Mitglieder (mit Ausnahme der Invaliden) um 5 Pfennige pro Woche erhöht. Diese Beitragserhöhung bildete den Angelpunkt aller Debatten und Beschlüsse des Vorstandstags; sie wird auch bei den Debatten über den Verbandstag überall in den Vordergrund gerückt werden. Obwohl wir nun nicht annehmen, daß diese geringe Erhöhung auf erheblichen Widerstand in Mitgliederkreisen stoßen wird, wollen wir doch die Gründe, die eine Erhöhung der Beiträge notwendig machen, hier noch einmal kurz zusammenfassen.

Wer die Kassenziffern des Verbandes in den letzten Jahren fortlaufend verfolgt und verglichen hat, mußte zu der Einsicht kommen, daß das Verhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe sich fortwährend verschlechtert hat. Diese Verschlechterung wurde herbeigeführt durch das enorme Anschwellen der Ausgaben für Unterstützungszwecke, namentlich für die Erwerbslosenunterstützung. In der Berichtsperiode 1906/07 betrug die Ausgabe hierfür pro Vierteljahr im Durchschnitt 111 068 Mark, in der Berichtsperiode 1908/09 aber 245 187 Mark. Das ist eine Steigerung um rund 120 Prozent. Daß die Kasse trotz dieser enormen Mehrbelastung noch verhältnismäßig gut abschnitt, ist nur dem Umstande zu danken, daß infolge der schlechten Wirtschaftslage die Ausgaben für Wohnkämpfe um rund vierzig Prozent zurückgingen. Für die nächste Zukunft ist aber ein solcher Rückgang der Ausgaben für Kampfwende weder zu erwarten, noch auch nur zu wünschen. Wenigstens dann nicht zu wünschen, wenn sich darin eine Minderung der gewerkschaftlichen Erfolge ausdrückt, wie das in den letzten beiden Jahren leider der Fall war. Das laufende Jahr hat mit einer ganz besonders kräftigen Steigerung der Zahl der Wohnkämpfe eingeleitet; auch der Umfang dieser Kämpfe wächst und mit ihm wachsen die Kosten, erfreulicherweise aber auch die Erfolge. Für unsern Verband brachte das erste Halbjahr 1910 Erfolgsgewinne, die nur noch von denen des Jahres 1906 erreicht werden. Weniger erfreulich ist, daß auch die Kosten der Kämpfe hinter denen des Jahres 1906 nur wenig, vielleicht gar nicht zurückstehen werden. Schon im ersten Halbjahr wurden über 400 000 Mark an Streikunterstützung bezahlt, also mehr als im ganzen Jahre 1909. Die Aussperrung im Daugewerbe kostet unsern Verband rund 200 000 Mark und die jetzt in Kraft getretene Werftarbeiter-Aussperrung dürfte kaum billiger sein. Es ist also nicht etwa nur wahrscheinlich, sondern eine feststehende Tatsache, daß uns die nächste Berichtsperiode erheblich höhere Ausgaben für Wohnkämpfe bringen wird als die verfloßene

Dieser Vermehrung der Ausgaben auf der einen steht aber keine oder doch nur eine unwesentliche Verminderung der Ausgaben auf der anderen Seite gegenüber. Die Ausgaben für Unterstützungen gehen nämlich trotz der besseren Wirtschaftslage nur unwesentlich zurück. Direkt kommt die Besserung des Wirtschaftslebens eigentlich nur in der Unterstützung an Arbeitslose zum Ausdruck. Die übrigen Unterstützungsarten werden zwar indirekt ebenfalls beeinflusst, aber diese Einwirkung ist zu unbedeutend, um unsere Kassen nennenswert zu- oder entlasten zu können. Aber auch bei der Arbeitslosenunterstützung ist der Rückgang nicht so erheblich, wie das vielfach erwartet und vermutet wurde. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist, so steht dem gegenüber, daß der Prozentsatz der Bezugsberechtigten im Verlande immer größer und die von den einzelnen zu beziehende Summe höher wird. Nur unter Berücksichtigung dieser Umstände sind die folgenden Zahlen zu verstehen:

Es betrug die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung:

im 2. Vierteljahr 1908	64 138 M.
„ 2. „ 1909	69 333 „
„ 2. „ 1910	68 077 „

Das zweite Vierteljahr 1910 zeigt demnach nur einen kaum nennenswerten Rückgang der Unterstützung an Arbeitslose im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 1909 und es steht noch über der Biffer für das Jahr 1908. Im 4. und 1. Vierteljahr ist die Differenz allerdings größer, aber zu den eingetretenen und in Aussicht stehenden Mehrleistungen steht sie in gar keinem Verhältnis.

Die Einnahmen sind zwar ebenfalls gestiegen, aber nicht annähernd so stark wie die Ausgaben. (In Nr. 30 und 31 des „Proletarier“ haben wir eingehend über das Verhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe berichtet.)

Nun ist aber — es ist beinahe überflüssig, diesen Gemeinplatz hier noch zu wiederholen — der Erfolg der gewerkschaftlichen Tätigkeit zum großen Teil abhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit, und zwar ist hierbei in der Hauptsache entscheidend, wieviel Geld in der Kasse vorhanden, und nicht, wieviel bei einem Kampfe vielleicht hereinzuholen ist. Nicht nur der Ausgang der Streiks ist davon abhängig, sondern der Ausgang aller Lohnbewegungen. Eine gefüllte Kasse ist das beste Mittel, Streiks zu verhüten. Ueber den Stand der Organisation in einem Betrieb oder einer Branche können wir den oder die Unternehmer im unklaren halten, den Stand unserer Finanzen können sie jederzeit aus unsern Publikationen erfahren. Unsere Finanzverhältnisse sind für die Unternehmer der Gradmesser unserer Kraft; nach dem Stande derselben treffen sie ihre Maßnahmen, regeln sie ihre Angelegenheiten. Wenn nicht in jedem einzelnen Fall, so doch in der Regel und immer bei größeren Kämpfen. Verschlechterung unserer Kassenverhältnisse heißt mithin nicht nur Minderung unserer Schlagkraft, sondern auch Minderung unsrer Einflusses, unsrer Erfolge, Vermehrung und Erschwerung der Streiks und als Folge erhöhte Belastung unsrer Mitglieder. Und der Vorstand würde kurzfristig, ja pfechtwidrig handeln, wenn er in einer solchen Situation nicht vorbeugende Maßnahmen treffen würde. Der Antrag, die Beiträge um 10 Pfennige pro Woche für alle Mitglieder zu erhöhen, war die Maßnahme, die dem Vorstand unsres Verbandes angesichts der Situation notwendig und durchführbar erschien.

Es ist ein erfreuliches Zeugnis gewerkschaftlicher Reife und Durchbildung, daß aus Mitgliederkreisen Anträge kamen, die eine gleiche Erhöhung forderten. Noch vor einem Jahrzehnt wäre es unmöglich gewesen, daß eine größere Mitgliedschaft sich einmütig für eine Erhöhung der Beiträge um 10 Pfennige pro Woche erklärt hätte — diesem Verbandstag lagen mehrere Anträge vor, die das forderten und diese Anträge waren, wie uns versichert wurde, meist einmütig oder doch gegen verschwindende Minderheiten gefaßt. Auch bei der Debatte über den Verbandstag im „Proletarier“ waren die Befürworter einer Beitragserhöhung in der Mehrheit. Und schließlich stellte sich auch die Statutenberatungskommission insofern auf den Boden des Vorstandsantrages, als sie die Erhöhung des Wochenbeitrags für männliche Mitglieder um 10 Pf. in ihre Vorlage übernahm. Allerdings unter Einfügung eines Abzuges, der für besonders jugendlich erscheinende Mitglieder den bisherigen Lohn betragen ließ.

Der Verbandstag hat trotzdem anders beschlossen. Er hat die Erhöhung des Beitrags um 10 Pfennige abgelehnt und sich für eine solche um 5 Pfennige für alle Mitglieder erklärt. Ueber den Wert oder den Nutzwert dieses Beschlusses zu diskutieren, hat jetzt keinen Zweck mehr; wir nehmen ihn als gegebenes Factum an und rechnen damit, zumal wir wissen, daß die Delegierten, die gegen 10 und für 5 Pfennige Beitragserhöhung gestimmt haben, einzig und allein von der Absicht geleitet wurden, das Beste für den Verband zu tun.

Die Zahl derer, die gar keine Beitragserhöhung wollten, war sehr gering. Zunächst gab es einige, die der Verbandstag mit allerhöchster Vorsicht aufzufassen wollten. Die Mehrheit war aber gut, der Rest sehr schlecht. (Bei dieser Gelegenheit wären einige unverständliche Bemerkungen einzufügen über „Radikalismus“ und Beitragserhöhung in den Gewerkschaften, die unverständlich sind jedoch, weil wir keinen neuen Gedanken ansetzen möchten.) Einige Redner schlugen vor, der Vorstand solle alle Jahre eine bestimmte Zahl von Entschuldigungen erlassen. Daß das ein herzlich unglücklicher Vorschlag ist, wissen alle Kollegen, die bei der Beratung der Statutenänderung von 1908/09 mitgewirkt haben. Der Vorschlag behauptet aber auch eine erhebliche Erschwerung der Agitation: denn die Erhebung solcher Beiträge müßte notwendig zur Zeit des Jahresbeitrags, also im Juli, erfolgen. Das ist aber auch die beste Zeit für die Agitation, und daß die Agitation bei doppelter Belastung ungenügend ist, bedarf gar keines Beweises. Andere Vorschläge liefen auf Verminderung der Ausgaben hinaus. Vermindert wird es nicht, der Rückgang der Arbeitslosenunterstützung infolge des besseren Wirtschaftsstandes würde eine Vergrößerung der Ausgaben bewirken. Eine solche Verminderung der Unter-

stützungssätze. Dem widersetzte sich jedoch die Mehrheit der Delegierten, und mit Recht. Wiederholt wurde solchen Vorschlägen gegenüber erklärt, daß eine Beitragserhöhung leichter durchzuführen sei als eine Kürzung der Unterstützungssätze. Ein dritter Vorschlag wollte noch schärfere Abgrenzung unsres Verbandsgebietes, damit die Beteiligung unsres Verbandes an Streiks anderer Organisationen geringer werde. Das ist gewiß beherzigenswert, wir meinen aber, daß im großen und ganzen schon jetzt mit aller Entschiedenheit danach gestrebt wird, unsre Organisation auf ihr Zuständigkeitsgebiet zu beschränken. Die nachfolgenden Ziffern über unsre Beteiligung an der Bauarbeitersausperrung zeigen das.

Wir hatten insgesamt (im Höchstfall) 1522 an der Ausperrung im Baugewerbe beteiligte Mitglieder zu unterstützen, die sich auf 183 Zahlstellen verteilten. Schon diese Zahl steht in merkwürdigem Gegensatz zu dem ekelhaften Geschehen, das immer von den Bauarbeitern gegen uns erhoben wurde. Wie oft hieß es nicht, daß „die Hälfte“ oder „Zehntel“ von Mitgliedern unsres Verbandes im Baugewerbe beschäftigt seien. Und jetzt sind es ganze 1522 oder rund und nett 1 — ein einziges — Prozent. Noch instruktiver ist die Verteilung dieser 1522 auf die 183 Zahlstellen. Es hatten nämlich 135 Zahlstellen weniger als 10 und nur ganze zwei Zahlstellen mehr als 100 Beteiligte. Diese Zahlen zeigen, daß in den meisten Orten den Anweisungen des Vorstandes gemäß darauf gedrungen wird, daß Mitglieder, die nicht zu uns gehören, den zuständigen Verbänden zugeführt werden. Ganz wird sich das freilich nie erreichen lassen. Solange die ungelerten Arbeiter so durcheinanderfluten, heute hier und morgen dort beschäftigt sind, solange werden wir auch Mitglieder in anderen Berufen haben.

Ein weiterer guter Rat, der nebenbei bemerkt von einem Kollegen kam, von dem er seinen sonstigen Anschauungen nach am allerwenigsten zu erwarten war, wollte größere Vorsicht und Sparsamkeit bei Streiks. Nun ist das an sich ein recht hübscher und beherzigenswerter Rat, aber es gibt keinen Menschen im Verlande, der nicht von sich behaupten wird, daß er diese Vorsicht je und je habe walten lassen. Es gibt aber sehr, sehr viele Mitglieder, die der Meinung sind, die Vorsicht ginge bisher schon viel zu weit. Und somit weiß man wirklich nicht, wem man diesen Rat geben soll, noch weniger aber weiß man, ob und inwieweit er unsre Ausgaben mindern, unsre Kassenlage bessern kann.

Somit blieb trotz aller guten Ratsschläge nichts übrig als die Erhöhung der Beiträge. Der Verbandstag hat sich dabei auf das allermindeste Maß beschränkt. Und jetzt gilt es, überall dafür einzutreten, daß diese winzige Beitragserhöhung als notwendig erkannt und gern getragen wird. Es gehört gewiß nicht viel Verständnis und Opfermut dazu, einer Organisation 5 Pf. pro Woche mehr zu bezahlen, die dem Gros der Mitglieder das Zehn-, Zwanzigfache und mehr an Lohnhöhung erkämpft hat. Ein einziger Vergleich sei hierhergesetzt: Im ersten Halbjahr 1910 wurde durch Lohnbewegungen des Verbandes für 13842 Mitglieder eine Lohnhöhung im Gesamtbetrage von 23763 Mark pro Woche erreicht. Die Erhöhung des Beitrags um 5 Pfennige macht bei 16000 Mitgliedern 8000 Mark pro Woche oder rund ein Drittel dessen, was der Verband in einem Halbjahr für seine Mitglieder errungen hat. Und wir stehen doch erst am Anfang. Wenn die Zahl der Verbandsmitglieder so weiter wächst wie in den letzten 6 Monaten, und wenn die Konjunktur sich noch weiter bessert, dann wird uns die kommende Zeit noch mehr Kämpfe und, das hoffen wir, auch noch mehr Erfolge bringen.

Zwei Faktoren aber sind es, die unsre Erfolge wesentlich mit bedingen: unsre finanzielle Stärke und unser Mitgliederbestand. In Halle haben wir für den einen gesorgt, jetzt gilt es, für den anderen zu werben. Nicht mit vermindelter, sondern mit gesteigerter, mit verdoppelter Energie müssen wir jetzt die Agitation für den Verband betreiben. Wir müssen vorwärts gehen, wenn wir nicht rückwärts wollen. Es gilt Schwankende zu fügen, Zweifler zu überzeugen, Gleichgültige aufzurütteln, Schläfer zu wecken. Das Wort Heines muß uns führen:

Trommle die Leute aus dem Schlaf,
Trommle Reveille mit Jugendkraft,
Marschiere trommelnd immer voran,
Das ist die ganze Wissenschaft.

Die Beschlüsse des Verbandstags zu den Unterstützungseinrichtungen.

Der Verbandstag hat neben der Erhöhung der Beiträge eine Verlängerung der Karenzzeit beim Bezug von Unterstützungen eintreten lassen. Auch steigen die Unterstützungssätze nicht mehr so schnell wie früher. Dafür ist jedoch in den letzten Klassen die Bezugszeit bis auf 60 Tage verlängert und dadurch die zu beziehende Höchstsumme von 63 auf 90 M. (in der 45-Pfennig-Klasse) erhöht worden. Die Verhängung dieser Veränderung wurde allgemein anerkannt. Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß bisher die Unterstützungssätze in den unteren Klassen mit der Beitragsleistung nicht im rechten Verhältnis standen. Auch war es ein unbedauerlicher Zustand, daß Arbeiter, die infolge ihres Berufs ausschließlich zu bestimmten Zeiten arbeitslos wurden, die Arbeitslosenunterstützung regelmäßig beziehen konnten. Und weiterhin wurden allgemeine Klagen darüber laut, daß in der 30-Pf.-Beitragsklasse die Unterstützungssätze zu hoch wären, zu hoch namentlich deshalb, weil in dieser Klasse gerade die schlechtesten Arbeiter, d. h. alle die, die häufiger mit Krankheit oder Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, Mitglied werden. Der Verbandstag hat nun diesen Klagen nicht verächtlich können und hier eine, allerdings nur geringfügige Herabsetzung der Anfangssätze vorgenommen. In allen übrigen Klassen sind die bisher gezahlten Sätze in der alten Höhe geblieben, nur die Steigerung wird etwas verlangsamt; bisher wurde der Höchstbetrag schon nach sechsmonatiger Mitglieds-

chaft erreicht, nach den neuen Bestimmungen erst nach achteinhalbjähriger Mitgliedschaft. Auch konnte bisher ein ausgesetztes Mitglied 52 Wochen nach dem ersten Unterstützungsstag wiederum Unterstützung erhalten, nach den neuen Bestimmungen muß es 65 Wochen warten. Diesen Kürzungen stehen aber nicht unwesentliche Verbesserungen gegenüber, nämlich die Verlängerung der Bezugsdauer von 7 auf 10 Wochen und die Erhöhung der zu beziehenden Höchstsumme von 31,50 auf 45 M. in der 25-Pfennig-Klasse und von 63 auf 90 M. in der 45-Pfennig-Klasse für solche Bezugsnehmer, die mindestens 520 Wochenbeiträge gezahlt haben. Bei einer Beitragsleistung von mindestens 442 Wochen tritt eine Verlängerung der Bezugszeit auf 48 Tage und entsprechende Erhöhung der Gesamtsumme ein. Es ist also mehr eine Verschiebung der Unterstützungssumme innerhalb der Bezugsdauer, als eine Kürzung eingetreten. Jedenfalls wird die Verbandsklasse von der Aenderung sehr wenig Nutzen haben.

Beim Umzugs- und Sterbegeld ist eine Aenderung dahingehend getroffen, daß die Mitglieder der 25-Pf.-Klasse in allen Fällen die Hälfte der Sätze der 45-Pf.-Klasse erhalten. Bisher wurde hier nach wenig glücklichen Bestimmungen verfahren. Waren nämlich bei einem Todesfall oder einem Umzug beide Ehegatten Mitglieder unsres Verbandes, so erhielt der Mann das volle, die Frau das halbe Umzugs- bzw. Sterbegeld. War aber der Mann Mitglied einer anderen Organisation oder überhaupt nicht organisiert, erhielt die Frau den vollen Unterstützungssatz. Diese ungerechte, in ihren Folgen geradezu unsinnige Bestimmung mußte endlich beseitigt werden. Einen nennenswerten Einfluß auf die Gesamtsumme der Unterstützung haben diese Aenderungen nicht. Beim Umzugsgeld ist noch die weitere Aenderung getroffen, daß Voraussetzung für den Bezug der Unterstützung nicht mehr der Wechsel des Ortes, sondern der Wohnung ist; dafür ist dann aber die Entfernung, die mindestens zurückgelegt werden muß, von 10 auf 20 Kilometer festgesetzt worden.

Im großen und ganzen tragen die Aenderungen, die der Verbandstag am Unterstützungsweesen vorgenommen hat, den Erfordernissen der letzten Jahre Rechnung. Es wird nirgends grundtätig geändert, sondern es werden nur an Hand der gewonnenen Erfahrungen Härten beseitigt, willkürliche Bestimmungen gebessert, Lücken ausgefüllt, und es wird das Verhältnis zwischen Beitrag und Unterstützung besser ausgeglichen. Die Berechtigung, ja Notwendigkeit der vorgenommenen Aenderungen wird schon dadurch bewiesen, daß sie durchweg mit überaus großer Mehrheit angenommen wurden. Die Ausgaben für Unterstützungszwecke werden also infolge der Verbandstagsbeschlüsse keine Verminderung erfahren, sondern auch weiterhin steigen.

In welchem Maße sich die Verbandsausgaben in den zwei Jahrzehnten verschoben haben, in welchem Tempo der für Unterstützungen aller Art ausgegebene Prozentsatz der Gesamtausgaben gestiegen ist, dafür einige Zahlen. (Die Zahlen gelten für Berichtsperioden, also immer für 2 Jahre von April bis April.)

Von je 1 M. (100 Pfennigen) Einnahmen wurden verbraucht:

	für Unterstützungen	für sonstige Ausgaben	dem Kassenbestand zugeführt
1890—1892	9,4 Pf.	60,6 Pf.	30,0 Pf.
1892—1894	9,8 „	66,3 „	23,9 „
1894—1896	19,4 „	65,4 „	15,2 „
1896—1898	37,9 „	64,0 „	8,1 „
1898—1900	19,7 „	46,9 „	33,4 „
1900—1902	50,7 „	43,9 „	5,4 „
1902—1904	36,4 „	43,6 „	20,0 „
1904—1906	55,5 „	32,6 „	11,9 „
1906—1908	53,3 „	30,1 „	16,6 „
1908—1910	61,1 „	31,9 „	7,0 „

Der Prozentsatz der Gesamteinnahme, der für Unterstützungen aufgewendet wird, hat sich demnach vervielfacht, während die sonstigen Ausgaben sich um die Hälfte — natürlich immer im Prozentsatz gerechnet — verringert haben. Die Schwankungen in den Unterstützungsätzen sind auf die Streikunterstützung zurückzuführen. Die Zusammenstellung zeigt aber auch, daß der Prozentsatz, der der Klasse zugeführt werden konnte, nur ein einziges Mal, nämlich 1900—1902, infolge des Streiks in der Harburger Gummiabrik niedriger war als in der verstoffenen Berichtsperiode.

Noch ein paar Zahlen über das Wachsen der Ausgabe für Unterstützungen. Die letzte Beitragserhöhung im Verlande wurde — von Halle jetzt abgesehen — im Jahre 1906 in Leipzig vorgenommen. Für die Jahre 1907, 1908 und 1909 haben wir also gleiche Beiträge. Aber die Unterstützungssätze pro Mitglied waren während dieser Zeit durchaus nicht gleich, sondern sie stiegen in dieser Zeit um mehr als 60 Prozent. Es wurde nämlich pro Mitglied an Unterstützungen verausgabt:

1907	7,17 M.
1908	9,72 „
1909	11,11 „

Daß diese ganz außerordentliche Steigerung der Unterstützungssätze eine Erhöhung der Beiträge mit Notwendigkeit zur Folge haben mußte, ist einfach selbstverständlich. Wir erwarten aber auch, daß alle Verbandsmitglieder diese Selbstverständlichkeit anerkennen und daß nirgends irgend welcher Mißbilligung über die geringe Erhöhung des Beitrags Raum gegeben wird.

Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1909.

Fünfehn Jahre Arbeitersekretariat ist das Signum, unter welchem die Statistik der Sekretariate und Auskunftsstellen für das Jahr 1909 in die Öffentlichkeit geht. Als vor 15 Jahren, am 1. November 1894, in Nürnberg das erste Sekretariat gegründet wurde, dachten gewiß selbst die Optimisten nicht, nach 15 Jahren 112 derartige Einrichtungen als vorhanden in Aussicht stellen zu können, denn maßlos ist den Nürnberger Arbeitern die Gründung der ersten Einrichtung dieser Art nicht gewesen. Schon im Jahre 1891 beschäftigte der Plan die Nürnberger Arbeiterkassen, um endlich 1894 zur Verwirklichung zu gelangen.

1897 gingen dann die Arbeiter zweier anderer Städte an die Gründung von Sekretariaten. Drei Sekretariate bestanden seit 1898. Das darauf folgende Jahre 1899 brachte ein Ereignis für die Sekretariate von vielleicht nicht minder hoher Bedeutung als die erste Gründung: den Frankfurter Gewerkschaftskongress und seine entscheidende Stellungnahme zu den Sekretariaten. Der hieselbst angenommene Antrag schaffte die Grundlage für die weitere Entwicklung. Er stellte die Grundzüge auf, die bei den Gründungen maßgebend sein sollen und legte die Voraussetzungen fest, die erfüllt sein müssen, ehe an die Errichtung eines Sekretariats gegangen wird.

Will man beurteilen, was in den 10 Jahren seit dem Frankfurter Gewerkschaftskongress auf dem Gebiete des Rechtschutzes und der Rechtshilfe geleistet worden ist, so genügt es, darauf hinzuweisen, daß der Referent zu der Frage dem Kongress berichtet, daß bis dahin 7 Sekretariate und etwa 30 Auskunftsstellen bestanden. Heute sind mehr als hundert Sekretariate und einunddreißigtundert Auskunftsstellen vorhanden.

Der Gesamtentwicklung der Sekretariate entsprechend schließt sich das Berichtsjahr seinen Vorgängern an. Es wurden im Berichtsjahre neu gegründet die Sekretariate: Ansbach, Burg, Pörschen, Döhlen, Freiburg i. Sch., Südenscheid, M.-Glabbach, Neuß, Pleitenberg, Mühlstadt und Solingen.

Von den 112 berichteten Sekretariaten wird die Auskunft, die erste Tätigkeit aller Sekretariate, von 82 an alle Auskunftsstellen erteilt, gleichviel ob sie organisiert sind und welcher Bevölkerungsklasse sie angehören. 71 von diesen Sekretariaten gewähren auch allen Personen, die sich an das Sekretariat wenden, Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen 14 Sekretariate Auskunft und gewähren Rechtshilfe. Nur an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und an Nichtorganisationsfähige erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe 10 Sekretariate. 4 Sekretariate gewähren Rechtshilfe und geben Auskunft an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und deren nichtorganisationsfähigen Angehörigen. Ein Sekretariat gibt auch außer diesen Unorganisierten in Ausnahmefällen Auskunft.

Berichtungen vor Gerichten haben 85 Sekretariate übernommen. Wie in den Vorjahren wird auch in diesem von einigen Sekretariaten berichtet, daß sie an einigen Gerichten zugelassen werden, an andern nicht. In Lübeck z. B. werden Referendare als Vertreter einer gegnerischen Auskunftsstelle vor allen Gerichten zugelassen, während der Vertreter des Arbeitersekretariats vor den ordentlichen Gerichten überhaupt nicht, vor dem Gewerbegericht nur in Ausnahmefällen zugelassen wird, obwohl er früher Arbeiter war.

Die Beschwerdebewertung übernahmen von allen Sekretariaten 104. 73 Sekretariate betreiben Statistik. Die Agitation für die Gewerkschaften oder andre gewerkschaftliche Arbeiten besorgen 85 Sekretariate.

Die Art der Aufbringung der Mittel für die Sekretariate läßt ebenso wie andre Erscheinungen die sich immer fester gestaltende Form der Organisation erkennen. Die Zahl der Orte, an welchen für das Sekretariat von den Mitgliedern aus Ort besondere Beiträge erhoben werden, wird immer geringer. Während im Vorjahre von 103 Sekretariaten für 38 von den Mitgliedern ein besonderer Beitrag für das Sekretariat erhoben wurde, geschah dies 1909 bei vorhandenen 112 Sekretariaten nur noch an 31 Orten. In einem von diesen 31 Orten erheben den besonderen Sekretariatsbeitrag nicht alle Organisationen am Ort, in 8 tragen neben den besonderen Beiträgen die Organisationsklassen oder die Karteklassen zu den Kosten bei.

Ausschließlich oder doch hauptsächlich aus der Kartekasse oder durch Beiträge der beteiligten Organisationen wurden 66 Sekretariate unterhalten. 12 von den berichteten Sekretariaten unterliegt der Vergarbeiterverband. Von der Generalkommission wurden 2 Sekretariate vollständig, 2 weitere fast ganz unterhalten. Unter letzteren befindet sich ein Sekretariat, für welches von den Mitgliedern am Ort noch besondere Sekretariatsbeiträge erhoben werden. Zu zwei Sekretariaten zahlte die Generalkommission 1909 einen Zuschuß. Bestimmte Zuschüsse erhielten die Sekretariate an 39 Orten von den Parteioptionen, an 8 Orten von sonstigen Arbeiterunternehmungen. Das Sekretariat Waut erhält einen Zuschuß aus Gemeindegeldern. Einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhielt das Sekretariat Götting bis zum 31. Dezember 1909. Das Sekretariat wurde am 1. Januar 1902 eingerichtet, nachdem die Regierung, einem Antrage der sozialdemokratischen Abgeordneten im Landtage folgend, einen Zuschuß bereitstellte. Nachdem im Landtage die Scharfmacherei die Oberhand gewonnen, versuchte man zunächst von hintenherum den Arbeitern die Verwaltung aus den Händen zu winden; als dies nicht gelang, wurde dem Sekretariat der Zuschuß in Höhe von 2000 Mk. entzogen und die 8 Jahre unentgeltlich innegehabenen Räume aufgelündigt. Die Göttinger Arbeiter werden den dortigen Scharfmachern zeigen, daß es auch ohne Staatszuschuß vorwärts geht.

Die Frequenz der Arbeitersekretariate zeigt auch in diesem Jahre insgesamt eine starke Steigerung. Die Gesamtzahl der Auskunftsstellen ist in diesem Jahre auf über eine halbe Million angewachsen, sie beträgt 543 904 gegen 488 895 des Vorjahres. Gewerkschaftlich organisiert waren von allen Auskunft suchenden Personen 379 194 oder 70,1 Prozent.

Ueber Einnahmen und Ausgaben haben 102 Sekretariate berichtet. Die Gesamteinnahme betrug 484 316 Mk., die Gesamtausgaben erreichten die Summe von 452 037 Mk. Von den Einnahmen entfallen auf die Kartekassen 156 155, auf die beteiligten Organisationen 112 896, 148 711 Mk. wurden durch laufende Beiträge der Mitglieder aufgebracht. Unter den weiteren Einnahmen waren der größere Teil Zuwendungen, und zwar zahlte die Generalkommission im Jahre 1909 an einmaligen und laufenden Zuschüssen an die Sekretariate 19 835 Mk. Von den Parteioptionen wurden den Sekretariaten 12 116 Mk. zugesandt, von sonstigen Arbeiterunternehmungen 2768 Mk., ferner befanden sich unter den Zuwendungen 5330 Mk. aus Staats- und Gemeindegeldern.

Die Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartellen weisen den gleichen Entwicklungsgang auf wie die Sekretariate; ihre Zahl stieg im Berichtsjahre auf 172, ihre Frequenz auf 40 228 erteilte Auskünfte. Nicht nur mündliche, sondern auch schriftliche Auskunft wird von 153 Auskunftsstellen erteilt. Auch ein erheblicher Teil Schriftsätze, wie Klageschriften, Beschwerden und andere sind von den Auskunftsstellen angefertigt worden.

Wie die nachstehende Uebersicht zeigt, hat sich die Zahl der Orte, an welchen Einrichtungen für die Auskunftserteilung und Gewährung von Rechtshilfe vorhanden waren, um 24, die Zahl der erteilten Auskünfte und gewährten Rechtshilfen um 57 815 vermehrt.

Zahl der Arbeitersekretariate und Auskunftsstellen in den Jahren	Gesamtzahl der erteilten Auskünfte und Fälle		Zunahme der Auskünfte usw. gegen das Vorjahr
	1908	1909	
Arbeitersekretariate	103	112	54 207
Auskunftsstellen	157	172	3 608
Zusammen	260	284	57 815

Bei der Betrachtung dieser Zahlen darf auch in diesem Jahre die schon im Vorjahre erwähnte Tatsache nicht außer Rechnung gestellt werden, daß mit obigen Zahlen nicht die gesamte Rechtsauskunftsstellen, die von den gewerkschaftlichen Verbänden geleistet wird, erfasst ist. Es fehlen bei diesen Zahlen die Rechtsauskünfte und die Rechtshilfen, die von den Verbänden ihren Mitgliedern direkt gegeben werden. Aufzeichnungen sind bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit nicht möglich, aber zahlenmäßige Nachweisungen auch nicht zu geben. Die Kennen der gewerkschaftlichen Praxis dürften sich aber darüber nicht im Zweifel sein, daß die Zahl der von den Ortsverwaltungen oder Angestellten der Verbände den Mitgliedern gegebenen Rechtsauskünfte oder Rechtshilfen die von den Auskunftsstellen erreichte Zahl überträgt.

Das Fleißig ist willig, aber der Geiß ist schwach.

Ja, ja, der Geiß ist schwach, wenigstens in der Redaktion der „Gewerkschaftsstimme“. In Nr. 30 des „Proletarier“ wies ich an einem Beispiel nach, mit welcher förmlichen Unverschämtheit der christliche Verband mit dem unaussprechlichen Namen seiner geistlichen Besitzlosigkeit durch Zwangsangelegenheiten bei uns aufzulaufen sucht und mit welcher adler Dreistigkeit die „Gewerkschaftsstimme“ das gestohlene Gut adoptiert und als Ergebnis eigenen Geistes öffentlich ausstellt und anpreist. Dieser Nachweis hat die alte Sündenin in arge Verlegenheit gebracht. Die Sache war zu klar, um widerlegt zu werden, um abgelehnt, und zu blamabel für die Christen, um still getragen werden zu können. Eine „Abwehr“ mußte also erfolgen. Über der Geiß, der schwache Geiß! Obiano der Gerechte gibt in seinem Handbuch für katholische Journalisten zwar allerlei Ratssätze, aber für diesen Fall reichte seine Weisheit nicht aus.

Die armen Tischlermeister Christen mußten also im eigenen Gedankenstillsitzen Ausstreichen. Der Dred, der dabei zusammenkam, wird in zwei Nummern der „Gewerkschaftsstimme“ abgeladen. Bei der ersten führte, die nur leere Phrasen und ungeklärte Verlegenheitsausreden enthält, wurde mitgeteilt, daß die zweite „Tatsachen“ enthalten würde, die „das Verdienst des roten Verbandes um die Organisation der Arbeiter als kleinerer erweisen, wie er das großmütig in seinem Organ darstellt“. Auf diese „Tatsachen“ waren wir nicht wenig neugierig. Hier die eine: In einer Fabrik ständlicher Dämmerung — Ort und Namen will die „Gewerkschaftsstimme“ „aus Mitleid für den beteiligten Beamten“ nicht nennen (?) — soll in letzter Zeit von uns ein Tarifvertrag auf 2 1/2 Jahre abgeschlossen sein, der den Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Tag und eine Lohnerhöhung von zwei Pfennigen die Stunde bringt. Durch diese Lohnerhöhung wird jedoch der Ausfall der einen Stunde nicht wett gemacht, so daß die Arbeiter jetzt 15 Pfennig den Tag weniger verdienen. — Uns ist von einem solchen Vertrag aus letzter Zeit nichts bekannt, wir wissen also nicht, ob die Geschichte wahr ist, da sie aber in der „Gewerkschaftsstimme“ als wahr gelehrt wird, haben wir guten Grund, anzunehmen, daß sie nicht wahr ist. Aber nehmen wir einmal den unwahrscheinlichen Fall, sie sei wahr, dann läßt sich aus den Angaben der „Gewerkschaftsstimme“ noch gar nichts folgern. Wir erheben daraus nicht, wie lang die Arbeitszeit bisher, wie gesundheitschädlich die Arbeit, wie groß die Zahl etwaiger Arbeitsarbeiter, wie die Regelung der Arbeitszeit usw., wir sehen auch nicht daraus, ob etwa im Laufe der Vertragszeit eine Lohnsteigerung vorzugehen, ob der Vertrag andre Verbesserungen — Ueberstundenzuschlag, Ferien, Arbeitskleider usw. — bringt usw. usw. Kurz, wer Tarifverträge kennt, weiß oder sollte wenigstens wissen, daß ein Vertrag nur nach seinem Gesamtinhalt beurteilt werden kann. Nun sagt zwar Vater Chiodano in seinem schon erwähnten Handbuch, der katholische Journalist dürfe „gute Eigenschaften eines bösen Schriftstellers totschweigen, denn diese Ungläubigen hätten kein Recht darauf, daß man ihre guten Seiten lobe“, aber damit ist unserer Meinung nach nicht gesagt, daß katholische Gewerkschaftsschriftsteller nun einfach alles totschweigen dürfen, was ihnen nicht in den Kram paßt.

Aber nehmen wir einmal den nahezu unmöglichen Fall, die „Gewerkschaftsstimme“ habe voll und ganz die Wahrheit geschrieben, d. h. der Tarif sei nicht nur abgeschlossen, sondern er enthalte auch nichts als die beiden oben genannten Bestimmungen. Wie wäre er dann zu beurteilen? In einer Düngefabrik ist die Arbeit schwer, unaußer, gefährlich und schädlich für die Gesundheit. In einem solchen Betrieb ist die Verkürzung der Arbeitszeit die erste und wichtigste Voraussetzung einer Besserung der Arbeitsbedingungen überhaupt. Wir würden es in einem solchen Betriebe unter Umständen schon als Erfolg buchen, wenn uns eine Herabsetzung der Arbeitszeit ohne jede Lohnerhöhung gelingt. Geht aber mit der Verkürzung eine Erhöhung der Löhne Hand in Hand, so ist das für jeden vernünftigen Menschen ein erfreulicher Fortschritt, selbst dann, wenn die Arbeiter vorläufig eine geringe Lohnminderung haben. Und wenn die Tischlermeister Strategen an uns nichts zu melden haben als solche Verträge, so beweist das nur, in welcher glänzender und erfolgreicher Weise der Fabrikarbeiterverband die Interessen seiner Mitglieder wahr. Wir erlauben also den Pharisäer in Christo, Ort und Namen des Vertrags ruhig mitzuteilen; der Beamte, der den Vertrag abgeschlossen hat, wird sich das Mitleid der Christen verdienen verdienen.

Dieser einen „Tatsache“ folgt eine „wahrheitsgetreue Schilderung roter Taktik“, die „einem Vorkommnis allerjüngster Zeit“ entspringt. In Wirklichkeit ist es eine alberne Quasilet im Postfachstil. „Ort und Namen“ werden wiederum nicht genannt; „wenn die Sache zum Abschluß gekommen ist, werden wir Ros und Reiter gebührend kennzeichnen“, schreibt das Blatt. Daß wir auf so kindische Ueberheblichkeiten eingehen, wird uns niemand zumuten.

Auf die Sache, um die es sich in unserem Artikel über „Rimpel Wichtigt“ handelte, geht das Blatt kaum ein. Die Besichtigung, daß der christliche Verband unsere Resolution zu vier Fünfteln abgelehnt und dann durch den Zusatz eines Fünftels aus eigenem Geiste verhöhnt und verdorben hat, sucht das Blatt zu entkräften mit dem Hinweis auf die „Gleichartigkeit der Materie“. Wer die Gegenüberstellung gelesen hat, wird aber eine so unglückliche Ausrede nur lachen.

Geradezu toll aber ist es, wie das Blatt auf unsern zweiten Vorwurf, daß das Zentrum, einschließlich der christlichen Gewerkschaftler in der Fraktion, eine Resolution der sozialdemokratischen Partei, die statische Erhebungen in der chemischen Industrie forderte, abgelehnt hat, obwohl der christliche Gewerkschaftskongress eine Resolution angenommen hat, die genau dasselbe forderte. Die allezeit für Wahrheit schwärmende „Gewerkschaftsstimme“ beruft sich da nämlich auf eine Notiz der „Lehrüberläufigen“ „Frankfurter Zeitung“ über die Sitzung des Reichstags vom 3. März 1910, in dem es heißt, daß die Resolution angenommen sei. Es ist hier nicht der Ort, über die Zuverlässigkeit der „Frk. Ztg.“ zu schreiben, fest steht jedoch, daß sie in diesem Fall nicht zuverlässig war. Die Resolution ist nicht angenommen, sondern abgelehnt worden. Im stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Reichstags vom 3. März 1910 heißt es (Seite 1677):

Vizepräsident Erbrin zu Hohenlohe-Langenburg: Wir kommen nunmehr zur Resolution Nr. 224 der Druckmaschinen, Abrecht und Genossen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche diese Resolution annehmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Geht.)

Das ist die Minderheit; die Resolution ist abgelehnt.

Hoffentlich genügt das der „Gewerkschaftsstimme“. Da wir aber einmal dabei sind, sei dem Blatt, obwohl es für die „sozialpolitischen Sünden“ der Zentrumspartei nicht verantwortlich sein will, noch mitgeteilt, daß, als einige Zentrumsabgeordnete Miene machten, sich für die Resolution zu erheben, da wankte Herr Benjamins Erzberger ab und die braven „Arbeitervertreter“ blieben liegen.

Somit der sachliche Hergang. Aber nun kommt für die „Gewerkschaftsstimme“, ja für den ganzen christlichen Verband noch eine andre Seite. Von zwei Dingen muß hier eins zutreffen. Entweder: die Leiter des christlichen Verbandes, der die Arbeiter der chemischen Industrie organisieren will, kümmern sich gar nicht darum, wenn im Reichstag über wichtige, eben diese Arbeiter betreffende Fragen beraten wird, sie lesen keine Zeitungen, keine Reichstagsberichte, keine Berichte der eigenen Partei, kümmern sich nicht um das Schicksal der eigenen Resolutionen, nicht um die Haltung der eigenen Parteigenossen und Gewerkschaftsleiter, kurz, leben im politischen Stumpfsinn ihre Tage dahin, oder: die Redaktion der „Gewerkschaftsstimme“ kennt die tatsächlichen Vorgänge, hat sich um das Ergebnis der Abstimmungen gekümmert, geht den Resolutionen des eigenen Verbandes nach, beruft sich aber auf den falschen Bericht eines Blattes, weil, nun weil ihr das gerade in den Kram paßt, und läßt dann dieser Berufung auf eine falsche Notiz folgenden Julus an:

Somit der sachliche Hergang. Aber nun kommt für die „Gewerkschaftsstimme“, ja für den ganzen christlichen Verband noch eine andre Seite. Von zwei Dingen muß hier eins zutreffen. Entweder: die Leiter des christlichen Verbandes, der die Arbeiter der chemischen Industrie organisieren will, kümmern sich gar nicht darum, wenn im Reichstag über wichtige, eben diese Arbeiter betreffende Fragen beraten wird, sie lesen keine Zeitungen, keine Reichstagsberichte, keine Berichte der eigenen Partei, kümmern sich nicht um das Schicksal der eigenen Resolutionen, nicht um die Haltung der eigenen Parteigenossen und Gewerkschaftsleiter, kurz, leben im politischen Stumpfsinn ihre Tage dahin, oder: die Redaktion der „Gewerkschaftsstimme“ kennt die tatsächlichen Vorgänge, hat sich um das Ergebnis der Abstimmungen gekümmert, geht den Resolutionen des eigenen Verbandes nach, beruft sich aber auf den falschen Bericht eines Blattes, weil, nun weil ihr das gerade in den Kram paßt, und läßt dann dieser Berufung auf eine falsche Notiz folgenden Julus an:

Wie ist nun die Sache eigentlich? Hat man im „Proletarier“ nicht auch hier zur größeren Ehre der sozialdemokratischen Ehre die Wahrheit ein wenig umgebogen? Wenns beliebt, gehen wir auch auf diesen Punkt noch etwas näher ein.

Nun, topp, wir bitten um das „näher eingehen“. Wir bitten um eine klipp und klare Antwort auf die Frage: Ist die aller Wahrheit höhnische Schilderung des Sachverhalts in der „Gewerkschaftsstimme“ ein Produkt mangelnder Intelligenz oder mangelnder Wahrheitsliebe? Aber bitte, kein Drum-herum-Reden, ein drittes gibt es nämlich nicht. Hier hilft kein Maulspigen, hier muß gekliffen werden!

Durch Unternehmerterrorismus in den Tod getrieben.

Die „staatsbehaltenden“ Blätter können den Mund gar nicht voll genug nehmen, wenn es sich darum handelt, den „Terrorismus“ der freien Gewerkschaften „an den Pranger“ zu stellen. In der Regel handelt es sich aber um Dinge, die künstlich aufgebauht werden, nur zu dem Zwecke, der modernen Arbeiterbewegung ein auszuweisen. Dagegen können wir nachstehend einen Terrorismusfall aus Unternehmerrreisen mitteilen, der in seinen Folgen außerordentlich verhängnisvoll wurde.

In Gunzenhausen in Bayern führten im vorigen Jahre die Töpfer der Firma Lang u. Wertheimer einen hartnäckigen Streit, der schließlich ergebnislos abgebrochen werden mußte. Es hatten sich Arbeitswillige gefunden, auch behielt sich die Firma mit angelernten Arbeitern, allerdings ließ die Qualität der Arbeit viel zu wünschen übrig. Von den Streikenden trat keiner nach Beendigung des Kampfes wieder bei der Firma ein, sie suchten sich „verdinglich“ Arbeit.

Seitdem glück die Fabrik r. Lang u. Wertheimer einem Taubenschlage. Gehilfen kamen und gingen, keiner hielt aus. Das Verhältnis war deshalb ein unheimliches geworden, weil die Firma ihren lieben Kausreizern den alten und höheren Lohnstarif zahlte, während die später Eintretenden mit einem niedrigeren Tarif vorlieb nehmen sollten. Ein organisierter Töpfer wurde dieses Zustandes wegen vorstellig, geriet in Wortwechsel und erhielt seine Entlassung. Einige andre organisierte Töpfer stellten dieses Vorgehen wegen die Firma zur Rede, es wurde ihnen gesagt, daß sie auch gleich aufhören könnten. Die Arbeiter traten denn auch aus und nahmen in eine neuerrichteten Fabrik in Weßenburg in Bayern wieder Arbeit. Sie hatten jedoch ihre Rechnung ohne Lang u. Wertheimer gemacht. Die Firma kempelte den Vorgang zu einer „Streifbewegung“, berichtete in diesem Sinne an den Vorstand des Kachelofenfabrikantenverbandes nach Weissen und dieser gab nun, ohne sich weiter zu informieren, folgende schwarze Liste heraus:

Bei der Tonfabrik G. m. b. H., Gunzenhausen, sind die Töpfer (sagen 5 Namen) in den Ausland getreten.

Nach § 9 unserer Satzungen sind unsere Mitglieder verpflichtet, keinen der ausständigen Arbeiter einzustellen, bezw. solche eingestellte Arbeiter sofort und bei Befehlen einer Kündigungsfrist unter Einhaltung dieser Frist nach sofortiger Kündigung zu entlassen.

Hochachtungsvoll
Verband deutscher Kachelofenfabrikanten.
gez. Karl Polko, Vorsitzender.
gez. Dr. Forstner, Geschäftsführer.

Wohlverstanden: diese schwarze Liste wurde hinausgeschickt, ohne daß der Töpferverband die Firma in Gunzenhausen gesperrt hätte oder daß ein Streit erklärt worden wäre!

Die Liste wirkte. Die in Weßenburg arbeitenden Töpfer erhielten ihre Kündigung. Der Fabrikant gab sie widerwillig, er hätte gute Arbeiter gefunden, jedoch ihm drohte bei Nichtbeachtung der schwarzen Liste eine hohe Konventionalstrafe. Niemand griff aber der Vorstand des Töpferverbandes ein. Er erwiderte, daß die schwarze Liste vorläufig außer Kraft gesetzt und Verhandlungen gepflogen werden sollten. Die Gunzenhausener Firma lehnte aber Verhandlungen ab und die schwarze Liste trat wieder in Kraft, die Töpfer (es kamen nur noch zwei in Betracht) erhielten wieder die Kündigung. Dem Fabrikantenverbande wurde die Entschädigungsklage wegen Verursachung angebracht, hierauf wurde die schwarze Liste und damit die Kündigung der Töpfer wieder aufgehoben. Es kam nun zu der vom Töpferverbande verlangten Sitzung in Gunzenhausen, an der die Vertreter der beiderseitigen Verbände teilnahmen, doch eine Einigung wurde nicht erzielt. Jedoch erklärte selbst der Fabrikantenvertreter, daß hier wohl auf beiden Seiten gesündigt wurde, er habe die Empfindung, daß die beiden Arbeiter zu Unrecht auf der schwarzen Liste ständen.

Trotzdem eine offizielle Beilegung der Differenz nicht erfolgt war, lösten der Fall dennoch erledigt. Niemand meldete sich mehr, die beiden Töpfer arbeiteten weiter. Möglichst erhielten sie am 6. August wieder ihre Kündigung und wieder auf Grund der schwarzen Liste! Und nun kam es zum Drama. Der Töpfer Arthur Müdel aus Weissen, ein 19jähriger junger Mann, hatte diesen ungemessenen Zustand satt und warf sich in der Nacht zum 9. August vor die Räder eines Eisenbahnzugs, der ihn vermalte! Daß der Tod des jungen Mannes auf die schwarze Liste des Deutschen Kachelofenfabrikantenverbandes zurückgeführt werden muß, beweist eine Postkarte, die in der Tasche des Verstorbenen, an seine Eltern adressiert, vorgefunden wurde. Der Inhalt dieser Karte ist folgender:

„Liebe Eltern!
Teile Euch hierdurch mit, daß unsre Geschichte mit Gunzenhausen noch nicht zu Ende ist. . . . Wir haben heute aufgehört müssen. Wo nun hin? In Deutschland bekommen wir keine Arbeit, also müssen wir ins Ausland. Ich bin heute so niedergeschlagen, ich könnte mich am liebsten aus der Welt schaffen. Ich gehe heute fort, schreibe nach meinen Sachen. . . . Wir werden uns nicht gleich wiedersehen oder gar nicht. Viele Grüße an alle. Schreibt nicht wieder.
Euer Sohn Arthur.

Dieses Schreiben zeigt den furchtbaren Erfolg der schwarzen Listen! Uebrigens hat auch der andre junge Töpfer, der auf der schwarzen Liste steht, die Absicht ausgesprochen, dem Beispiel Müdels zu folgen. Seine Eltern erhielten folgende Postkarte:

„Weissenburg, 9. August 1910.

Liebe Eltern!
Eine traurige Nachricht.
Ich muß Euch kurz mitteilen, daß wir doch Weissenburg verlassen müssen wegen der Sache mit der schwarzen Liste. Wir machen wieder in die Schweiz. Sollten wir dort keine Arbeit bekommen, dann weiß ich nicht, was wir machen. Wer weiß, ob wir uns wiedersehen. Denn ich habe das Leben satt. Vielleicht bekommt Ihr bald Nachricht, was ich mir angetan habe, denn wenn das so weitergeht, werdet Ihr mich nimmer wiedersehen. Bitte, schreibt mir noch einmal, den nächsten Montag bin ich verschwunden für immer.
Mit Gruß Euer Sohn Arthur.

Glück und Piefel sollen mir auch noch einmal schreiben, daß ich nochmals die Worte meiner Geschwister höre.“

Es ist ein weiteres junges Leben in Gefahr. Und nun vergewaltigen man sich den Grund dieser ganzen Affäre! Es liegt in Gunzenhausen weder Streit noch Sperre vor, eine private Streiterei, wie sie alltäglich vorkommen mag. Doch die Lang u. Wertheimer verlangen die Verhängung der schwarzen Listen, und — der Fabrikantenverband apportiert diese gehorfalls! Kann es etwas Barbarischeres, etwas Herzloseres geben?

Sie hätten die Ordnungsgüter einmal Gelegenheit, über Terrorismus zu reden! Aber still wird es bleiben im staatsbehaltenden Blättermalde. Es handelt sich ja hier um wirklichen Terrorismus, verübt gegen Arbeiter.

Wir können dem oben genannten ein weiteres Beispiel für den Terrorismus des Verbandes der Kachelofenfabrikanten anführen. Im Frühjahr dieses Jahres traten unter in der Weissenzer Dienstfabrik beschäftigten Mitglieder in den Streit, weil die Unternehmer sich weigerten, den Stundenlohn auf 30 — dreißig — Pfennig für vollwertige Arbeiter zu erhöhen. Der Streit wurde am 5. April

ergebnislos abgebrochen, aber noch heute stehen mehrere Vertrauensleute des Verbandes auf der schwarzen Liste; noch heute werden Arbeiter von Betrieb zu Betrieb, um immer abgewiesen zu werden. Neue Arbeiter werden herangezogen, die alten geliebten Leute müssen den Ort verlassen. So rächt sich das Unternehmertum. Es galt bisher als selbstverständliche Pflichtenpflicht, bei Beendigung eines wirtschaftlichen Kampfes die Feindseligkeiten einzufrieren, der Verband der Kachelofenfabrikanten beliebt es anders. Wir werden das für die Zukunft zu beachten wissen. Wir verzichten darauf, den Herren Menschlichkeit zu predigen, aber die bürgerlichen Ordnungshüter hätten hier eine prächtige Gelegenheit, über den Terrorismus zu reden. Aber es wird still bleiben im staatsfeindlichen Wälderwald — es sind ja nur Arbeiter, die so ins Elend und in den Tod getrieben werden.

Aus der Papierindustrie.

Kurzfristige Papizener.

Umweit Königstein, im romantischen Bielatal, liegt die Feinpapierfabrik der Firma Hugo Hoeß. Unter den Beschäftigten (circa 150 männlichen und 100 weiblichen) war berartig die Gleichgültigkeit eingerissen, daß die Betriebsleitung nicht unbeachtet daran vorüber ging. Die Lage der Arbeiter wurde immer drückender, der Gehalt der Organisation erwachte. Am 22. und 23. März sollten 2 Betriebsversammlungen stattfinden. An diesem Tage prägte folgender Antrag am Brett:

Verte Kollegen und Kolleginnen!

Am Dienstag, dem 22. März, abends 6 Uhr (gleich nach Feierabend) und Mittwoch, dem 23. März, morgens 6 Uhr (ebenfalls gleich nach Arbeitsluß) finden 2 Betriebsversammlungen der Arbeiterchaft der Firma Hoeß statt. Die Versammlungen tagen im Gasthof „Bielatal“ in Püthen. Die Tagesordnung lautet: Die Papierfabrikarbeiter im Kampfe ums Dasein. (Referent: Kollege Schneider-Dresden.)

Arbeitskollegen und Kolleginnen! Erscheint in diesen Versammlungen, nehmt teil am Ringen der arbeitenden Bevölkerung um bessere Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Lage. Darum auf in die Versammlungen! Keiner fehle.

Mit kollegialem Gruß

Die Vertrauensleute.

Nach obigem Zettel findet heute abend und morgen früh je eine Versammlung statt, die offenbar gegen die Firma Hugo Hoeß gerichtet ist.

Ich erwarte, daß alle mir treu gesinnten Arbeiter diese Versammlungen nicht besuchen werden. 22. 3. 10.

Hugo Hoeß.

Die „Treugefanten“ erschienen trotzdem zahlreich; 135 Arbeiter waren anwesend. Wenige Wochen vorher noch schienen alle Verträge, die Kollegen in eine Versammlung zu bekommen, festzuhalten. Doch der Grund lag darin, daß die Eingeladenen ihre durch die Post zugehende Einladung in der Fabrik zugestellt bekamen. Die Post befindet sich nämlich im Fabrikgebäude, und der den Postdienst Verleiher machte sich die Sache leicht: er lieferte den größten Teil der Einladungen im Kontor ab. Dort geschah das weitere.

Die traurige Lage der Arbeiter zwang dieselben endlich, jene Bevormundung abzuschütteln. Als Mittkämpfer reichten sie sich ein in unsere Organisation. Die Fabrikleitung war verblüfft über eine derartige Ausnehmung. Der Referent in den beiden Versammlungen wurde beauftragt, sich mit dem Inhaber der Fabrik zwecks Lohnverbesserung in Verbindung zu setzen. Die Antwort des Firmeneinhabers enthielt lebhafteste Klage über den schlechten Geschäftsgang und den geringen Gewinn in der Papierindustrie, und die Zugabe, daß trotzdem die Löhne „gegrünelt“ werden sollten. Erst kürzlich hat Herr Hoeß bei dieser Prüfung erkannt, daß eine Aufbesserung der Löhne notwendig war. Es wurden für ca. 70 Personen die Schichtlöhne um 10, 15 und 20 Pf. aufgebessert. Die Sonntagslöhne werden nun doppelt bezahlt. So erhalten die Holländermüller statt 3,10 Mk. jetzt 6,20 Mk., die Maschinengehilfen statt 2,80 Mk. jetzt 5,60 Mk. usw. Bei der erst kürzlich abgehaltenen Versammlung der meisten Kollegen ein gewiß annehmbarer Erfolg. Die Hälfte der Arbeiter war bei der Lohnzulage nicht berücksichtigt. Leider ließen die allgemeinen Verhältnisse es nicht angebracht erscheinen, weitere Schritte zu unternehmen. Sielwahr mußte erst darauf Gewicht gelegt werden, daß der Organisationsgedanke festeren Fuß faßte. Statt nun den Ausbau der Organisation zu pflegen, glauben einige Kollegen, uns den Rücken kehren zu müssen. Wedauerlichweise befinden sich auch Kollegen darunter, welche grade durch das Eingreifen der Organisation 3 und 4 Mk. pro Woche mehr verdienen.

Der Herr Betriebsleiter scheint die Unentschiedenheit der Arbeiter getrauen zu können. Jetzt, wo anstelle der drei Papiermaschinen eine neue hinzugefügt werden soll, wird man wieder Ueberstunden, Doppelschichten und dergl. mehr verlangen. Und trotzdem geht man, wie verlautet, mit dem Gedanken um, die erfolglosen Zulagen wieder rückgängig zu machen. Ja, Kollegen, die Organisation wird nicht nur zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen gebraucht, dieselbe ist auch geradezu unentbehrlich, um das Ertrugene zu erhalten und Verschlechterungen abzuwehren. Das sollten die Kollegen und Kolleginnen beherzigen, und ihre Mitarbeiter und hauptsächlich die Arbeiterinnen aufklären über unsere Forderungen. Durch bloßes Beitragszahlen wird die Kraft eines Gewerkschaftsmitglied nicht erfüllt. Regere Beteiligung an den Zusammenkünften, mehr geistiger Gedankenaustausch über die Möglichkeiten einer besseren Gestaltung der wirtschaftlichen Lage, der Geist der Arbeiterbewegung hinausgetragen unter die Klassenmassen, das ist es, was gefordert muß. Die Ausbreitung unserer Ideen muß mehr gepflegt werden. Dann wird es auch gar bald gelingen, die Zahl der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen derartig zu vergrößern, daß auch sie alle, ohne Ausnahme, mehr Anteil an den Erträgen ihrer Hände Arbeit fordern können.

Papierarbeiter als Unternehmer-Untertanen.

Die Papierarbeiter sind wenig zahlreich, aber ihre Interessen sehr gut, ihren Arbeiter sehr geschätzte. Trotzdem sind die Arbeiter die Jüdischen. Die Arbeiter wollen noch mehr verdienen, die Arbeiter wollen mit ihrem Lohn mehr als verdienen zu sein. Die Arbeiter wollen den Direktor schämen, das Publikum seiner Unfähigkeit, den Arbeiter zu bezahlen. Die Arbeiter wollen das „Papiertageblatt“ über die Interessen der Arbeiter schreiben.

Ich würde sehr gerne wissen, was man aus dem Schreiben gar nicht weiß? Das 8. Zeilen gehen die Schönen den Ton an und sagen: wenn es die „Papiertageblätter“, die von dem Arbeiter geschrieben werden, um die Arbeiter zu helfen, die Arbeiter in den Kampf zu führen, dann werden die Arbeiter mehr als verdienen zu sein. Die Arbeiter wollen das „Papiertageblatt“ über die Interessen der Arbeiter schreiben. Die Arbeiter wollen den Direktor schämen, das Publikum seiner Unfähigkeit, den Arbeiter zu bezahlen. Die Arbeiter wollen das „Papiertageblatt“ über die Interessen der Arbeiter schreiben.

Das 8. Zeilen gehen die Schönen den Ton an und sagen: wenn es die „Papiertageblätter“, die von dem Arbeiter geschrieben werden, um die Arbeiter zu helfen, die Arbeiter in den Kampf zu führen, dann werden die Arbeiter mehr als verdienen zu sein. Die Arbeiter wollen das „Papiertageblatt“ über die Interessen der Arbeiter schreiben. Die Arbeiter wollen den Direktor schämen, das Publikum seiner Unfähigkeit, den Arbeiter zu bezahlen. Die Arbeiter wollen das „Papiertageblatt“ über die Interessen der Arbeiter schreiben.

Das 8. Zeilen gehen die Schönen den Ton an und sagen: wenn es die „Papiertageblätter“, die von dem Arbeiter geschrieben werden, um die Arbeiter zu helfen, die Arbeiter in den Kampf zu führen, dann werden die Arbeiter mehr als verdienen zu sein. Die Arbeiter wollen das „Papiertageblatt“ über die Interessen der Arbeiter schreiben. Die Arbeiter wollen den Direktor schämen, das Publikum seiner Unfähigkeit, den Arbeiter zu bezahlen. Die Arbeiter wollen das „Papiertageblatt“ über die Interessen der Arbeiter schreiben.

Die allezeit vornehme Gesinnung unseres hochverehrten Herrn Direktor Schinkel, seine reiche Güte, sein soziales Wesen, das für den geringsten seiner Arbeiter stets Verständnis hat, das alles machte uns den gestrigen Tag zu einem unvergeßlichen, wahrhaft herzerquickenden.

In Dankbarkeit und Liebe wollen wir weiter arbeiten mit dem innigen Wunsch, daß unter hochverehrter Herr Zuhälter recht lange noch unter uns vorbildlich wirke, wie bisher. Das wolle Gott!

Penig, den 1. August 1910.

Das gesamte Arbeitspersonal der Patentpapierfabrik zu Penig in Penig.

So zu lesen im „Peniger Tageblatt“. Es hätte bloß noch gefehlt, die Arbeiter wären vor ihren Direktoren in Ehrfurcht erstorben. Etwas mehr Selbstbewußtsein ist den Peniger Papierarbeitern bringen zu wünschen.

Papierarbeiterstreik in Frankreich.

In Rouperouz, wo zurzeit die Arbeiterinnen in der Papierindustrie für 10stündige Arbeitszeit noch einen Tagelohn von 75 Centimes bis 1 Franc erhalten, ist ein allgemeiner Streik der Papierarbeiter ausgebrochen. Die Streikenden haben bisher den Bahndienst zu den Werken dadurch verhindert, daß Frauen und Kinder sich auf die Schienen legten. Es wurde Gendarmerie requiriert.

Unfallliste.

Der in der Pappfabrik in Wolfgrün beschäftigte Werkführer Wötcher stürzte, als er ein Ventil untersuchen wollte, in einen mit heißem Wasser angefüllten Wottich und zog sich so schwere Brandwunden zu, daß er an deren Folgen starb.

Der in der Papierfabrik in Wilkloster mit dem Ausbessern eines Treibriemens beschäftigte Arbeiter Tombalen wurde von einem andern Treibriemen erfaßt und mehrere Male herumgeschleudert, so daß er entsetzliche Verletzungen erlitt und der Tod sofort eintrat. Der Arbeiter war erst kurze Zeit verheiratet.

In der Zellulosefabrik in Wartha stürzte der Arbeiter Hühls aus Grunau infolge eines Fehltritts in einen großen Wottich, in welchem Holzspäne durch Maschinenkraft getrieben werden. Hühls wurde von den Spänen berartig überschüttet, daß er sich nicht mehr zu befreien vermochte und erstickte.

In einer Berliner Lugsapierfabrik geriet der 29 Jahre alte Träger Mundt mit vier Fingern der linken Hand in die Stanzmaschine, wobei ihm die Finger vollständig abgequetscht wurden. Der Verunglückte wurde dem Urban-Krankenhaus zugeführt.

In der Papierfabrik von Winterborn wollte der Meister dieser den Riemen vom Schwungrad nehmen, er wurde jedoch bei dieser Arbeit von dem Riemen erfaßt, gegen die Transmission geschleudert und so schwer verletzt, daß er bald starb.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Differenzen bestehen in: Pommernsdorf bei Stettin (Chemische Fabrik), Dresden Zementwarenfabrik, Nürnberg Kohlenstaßfabrik, Kleinlößnitz (Zellulosefabrik), Plauen (Zementwarenfabrik), Berlin (Kalksteinfabrik und Gummwarenfabrik), Hamburg (Werstarbeiter), Kiel (Werstarbeiter), Regensburg (Ziegelarbeiter), Gersdorf (Schieferbruch), Flensburg (Schamottearbeiter), Bremen (Werstarbeiter), Stettin (Werstarbeiter), Flensburg (Werstarbeiter), Lübeck (Werstarbeiter), Biele (Erdarbeiter), Waltershausen (Puppenfabrik).

Zug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Halle a. S. Wenn der Kerl vom Verband ins Kontor kommt, den schmeiß ich raus, daß er Hals und Weine bricht! Durch solche oder ähnliche Kraftausdrüche ihren Arbeitern gegenüber glaubt ein Teil der Unternehmer sich unsere Verbandsfunktionäre vom Leibe halten zu können, und sie sind ganz erstaunt, wenn dennoch ein solcher auf der Bildfläche erscheint. Auch die Arbeiter der Dampfzegielei von Gd. Linde u. Strofer in Nietleben bei Halle wurden von dem jungen Herrn Strofer in dieser Weise angefahren in dem Glauben, dieselben damit einschüchtern zu können, was jedoch nicht gelang. Dieselben können, trotzdem das Organisationsverhältnis noch viel zu wünschen übrig läßt, auf einen recht schönen Erfolg zurückblicken, welcher allerdings ohne die Verbandsleitung sicherlich nicht zustande gekommen wäre. Es wurden nicht nur die Mitglieder beiseite geschoben, sondern auch für die Arbeiter (es kommen 40 männliche und 10 weibliche in Betracht) ein Lohnzuschlag von 3 Pf. pro Stunde für alle in Lohn arbeitenden erreicht, auch den Frauen wurde der Lohn von 17 auf 20 Pf. aufgebessert. Ferner wurden sämtliche Löhne geleistet, was für den einzelnen Arbeiter jährlich 15 bis 20 Mk. ausmacht. Ein Kaffeekessel wurde angekauft, sowie Vadebucher, die herstellten gegeben. Ob denn nun endlich die dem Verband noch fernstehenden den Wert derselben einsehen?

Diese Vereinbarungen wurden im Kontor der Firma mit dem Verbandsvertreter abgeschlossen. Hinterher versuchte man dieselben dadurch illusorisch zu machen, daß man den Vertrauensmann aufs Straßenpflaster jagte und dabei beronte: „Man sind wir den Stänker los, von den andern traut sich niemand etwas zu sagen, mit denen werden wir schon fertig werden“ usw. Wenn hier der Verband nicht ebenfalls eingegriffen hätte, so wären die Arbeiter der Firma Linde u. Strofer doch noch, trotz allen Versprechungen und Abmachungen, die herstellten gewesen. Ob denn nun endlich die dem Verband noch fernstehenden den Wert derselben einsehen?

Korrespondenzen.

Wilsfeld. Eigenartige Zustände veranlassen uns, so ungern wir dies auch tun, uns einmal mit Deutschlands größter Schuhleistenfabrik zu befassen, nämlich mit der Firma C. Wehrens hier am Ort. Es bleibt uns vorerst kein anderer Weg übrig, als die Vernehmung in der Weise, da es bis dato der größte Teil der Arbeiterchaft genannter Fabrik noch nicht einseh, daß wenn er Zustände bestehen will, dies nicht einzelne Personen können, sondern daß die große leuchtende Masse es durch ihre Geschlossenheit und Einigkeit vollbringen muß. Zurzeit haben die Sachen so, daß Arbeitern, die da zum Beispiel bei dem Meister vorzuziehen, um ihren Misset etwas zu verbessern, gedroht wird, den Sagenal an den Kopf zu werfen usw. Ganz so ähnlich am Arbeiter, den man beiseite als keinen saulen Arbeiter bezeichnen kann, die Unvorsichtigkeit bezugnehm, einem andern Arbeiter, der ihn aus Spott mit dem Wehrensfall zeigen wollte, zu drohen und zu lachen, da kam auch schon der Meister, sagte ihm an und haute ihm eine herunter. Doch hieran nicht genug, drängte er ihn zurück und gab ihm einen Niesstoß. Das nennt man doch förmlich eine von großer Bildung zugehende Tat! — Doch mit des Geschäftes Rücksicht ist kein ewiger Wund zu fluchen! Der Streik wurde unangebracht und die Arbeiterchaft rächte sich mit dem Schlag eines Leitens in des Meisters Gesicht. Hierauf mußte der betreffende Arbeiter dann sofort den Kampfplatz verlassen. — Solche Arbeiter natürlich, welchen die Organisation ein Buch mit sieben Siegeln ist, die häufig schamlos handeln können, haben ja lange nichts zu befürchten. — Nächst hat man einem Arbeiter wieder gekündigt, der weiter nichts getan hat, als einmal mit einem andern zu sprechen. Aber die Entlassung geschah offenbar nur darum, weil der betreffende Arbeiter einmal die Wahrheit gesagt hatte. Sich selber rückt man bei dem Chef dadurch in das schönste Licht. — Das es aber dauernd so nicht weiter geht, müßte der Verbandsleiter doch selber sagen. Er müßte daher den Meistern ein andres Verhalten den Arbeitern gegenüber befahlen. — Den Arbeitern selber mit aber zum jonnstvierten Male wieder zu: Ginein in die Organisation! Sorge dafür, daß der Organisation auch der letzte Mann zugewandt wird!

Holzminnen. Die neue Fabrik von Braunshof u. Co. hier, welche der Fabrikdirektor Berber, zahlte anfangs den Arbeitern Tagelöhne von 2,30 bis 2,70 Mk. Als die Arbeiter mit den Sägen vertraut waren, sang die Arbeit an, und es wurde pro laufenden Meter bei

zahl, so daß die Arbeiter nicht einmal imstande waren, ihren verdienten Lohn auszurechnen, da auf den Lohnlisten nur eine Summe von 13,— bis 19,50 Mk., die der Werkmeister Herr Windhut festsetzte, bemerkt wurde. Als vor kurzem zwei Kollegen vorstellig wurden, entspann sich betreffs ihres Lohnes ein Wortwechsel zwischen den Kollegen und dem Werkmeister. Bei Entlassung des einen Kollegen war der Lohn auf 3 Pf. pro laufenden Meter vereinbart worden, was nach Ausrechnung des Arbeiters einen Wochenverdienst von 27,50 Mk. brachte. Das schien aber dem Meister Windhut zu hoch und er rechnete bloß 2—2 1/2 Pf. pro laufenden Meter, so daß die Summe mit Abzug 20,70 Mk. brachte. Der Streit hierüber führte zur Entlassung des Arbeiters. Wenn die Arbeiter des genannten Betriebes die Augen öffnen, mehr Mannesmut fassen und sich sämtlich dem Verband anschließen würden, dann könnten hier geregelte Zustände geschaffen werden.

Eingegangene Schriften.

Die Arbeiterchaft und das Unternehmertum. Heft 5 der Broschürenreihe: Der Klassenkampf des Proletariats ist jetzt erschienen.

Von der Lieferungs Ausgabe: Vebel, Aus meinem Leben sind sieben die Schlußhefte 12 bis 14 zur Ausgabe gelangt. Es ist mit dieser Ausgabe ein in weiten Kreisen vielfach geäußertes Wunsch in Erfüllung gegangen. Preis der von der Firma Paul Singer in Stuttgart herausgegebenen Seite a 10 Pf. Sämtliche Parteien sowie sonstige Buchhandlungen und Kolporteurs nehmen die Auslieferung.

Genette Roland Gosk: „Josef Diehgens Philosophie, gemeinverständlich erläutert in ihrer Bedeutung für das Proletariat“. (91 Seiten; Preis 1 Mark.) Das Buch ist „herausgegeben“ vom „Verlag der Diehgenschen Philosophie“, München.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist Heft 48 des 28. Jahrgangs erschienen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verbandsnachrichten.

Der Verbandskalender für das Jahr 1911 ist erschienen. Der Inhalt ist wiederum ein reichhaltiger und ist die Anschaffung jedem Kollegen zu empfehlen. Der Preis beträgt 50 Pf.

Das Protokoll vom Verbandstag in Halle a. S. wird zum Preise von 15 Pf. an die Mitglieder abgegeben. Bestellungen sind an den Vorstand zu richten.

Vom 16. August ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Magdeburg 800,—, Belten 500,—, Ebeln 400,—, Münchgr 200,—, Ulm 70,37, Lunzau 100,—, Tue 100,—, Frankental 72,95, Cuthra 50,—, Hersfeld 6,—, Grimma 200,—, Zeitz 100,—, Neu-Zienburg 100,—, Bries 400,—, Frankfurt a. M. 178,22, Sangersheim 150,—, München 2022,—, Kalbe a. S. 300,—, Brie 200,—, Brandenburg 200,—, Weiskau 100,—, S. 1,—, Dresden 1500,—, Mannheim 1000,—, Hagenow 0,90, Vergerdor 800,—, Staßfurt 600,—, Heegermühle 500,—, Wickersleben 300,—, Wölkendorf 200,—, Gütstrom 200,—, Redensleben 100,—, Jauer 45,32, Königsberg i. Pr. 4,50, Gernshelm 2,60, Alten a. E. 3,30, Königsberg i. Pr. 500,—.

Schluss: Montag, 22. August, mittags 12 Uhr.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1910 haben eingeleitet: Greienberg i. B., Hersfeld, Strehlen, Gernshelm.

Gau 6, Sitz Stettin.

Den Zahlstellen zur Mitteilung, daß die diesjährige Gaukonferenz am 16. und 17. Oktober in Stettin stattfindet. Das Nähere wird durch Zirkular bekannt gegeben.

Der Gauvorkand.

Gau 10, Sitz Ludwigshafen.

Den Zahlstellen zur Kenntnis, daß die Gaukonferenz am Sonnabend, dem 24., und Sonntag, dem 25. September, in Ludwigshafen stattfindet. Lokal, Tagesordnung usw. wird durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Für den Gauvorkand: E. Prüll.

Gau 12, Sitz Köln a. Rh.

Die Gaukonferenz findet am 18. September in Eifel statt.

Nähere Mitteilungen durch Zirkular. Der Gauvorkand.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

- Wähler: Nr. 66 985 für Otto Meinede, eingetreten am 26. August 1905 in Magdeburg. Nr. 29 867 für Philipp Schädle, eingetreten am 25. Juli 1903 in Weizen. Nr. 13 416 für Wilhelm Neumann, eingetreten am 15. November 1903 in Oberberg. Karten: Nr. 66 320 für Wilhelm Eßlinger, eingetreten am 13. März 1910 in Göttingen. Nr. 62 768 für F. Wittenburg, eingetreten am 22. Januar 1910 in Hamburg. Nr. 84 941 für Andreas Kunjstowicz, eingetreten am 20. März 1910 in Hamburg. Nr. 77 702 für Michael Penpeit, eingetreten am 10. April 1910 in Tilsit. Nr. 55 251 für Michael Appel, eingetreten am 23. Dezember 1909 in Augsburg. Nr. 98 951 für Karl Subatsch, eingetreten am 8. Mai 1910 in Weiskau. Nr. 41 693 für Robert Krause, eingetreten am 17. Juli 1909 in Zeitz.

Ausgeschlossen

auf Grund § 7 des Statuts ist das feierliche Mitglied der Zahlstelle Flensburg: Gottlieb Tronned, Buch-Nr. 343 057, übergetreten am 1. Februar 1909, das feierliche Mitglied der Zahlstelle Götting: Reinhold Vogel, Buch-Nr. 352 898, eingetreten am 15. April 1909, und das bisherige Mitglied der Zahlstelle Jena: Karl Schulze, Buch-Nr. 51 541, eingetreten am 4. Februar 1905 in Jena.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen. Sietigheim. Hans Kopp, Bahnhofsstraße 78. Gadenheim (Hessen), Gau 11. Johannes Damm. Balingen, Gau 9. Jos. Marquard, Greifsh.

Aus der chemischen Industrie.

Arbeitgebern zur Nachahmung empfohlen!

Den Arbeitern der Feiner Mineralwerke Saige u. Co. wurde kürzlich durch Anschlag verkündet, daß die Firma den Arbeitern, welche zwei Jahre im Betriebe beschäftigt sind, in jedem Jahre einen Urlaub von drei Tagen bis eine Woche gewährt, bei Fortzahlung des Lohnes.

Diese Einrichtung beweist wieder einmal zur Genüge, daß bei einigermaßen gutem Willen die Arbeitgeber wohl in der Lage sind, den Wünschen der Arbeiter auch in dieser Beziehung Rechnung zu tragen.

Unternehmerterrorismus der Firma Goldschmidt in Essen.

Nachdem die Firma Goldschmidt in Essen die Pensionsverhältnisse nicht nach ihrem Willen regeln konnte, geht sie dazu über, offenen Terrorismus zu üben. Sie entsandte zu den Betriebsversammlungen, die unter Aufsicht einberufen wurden, regelmäßig Beamte, die über die Vorzüge berichten sollten. Als sich herausstellte, daß eine Anzahl Kollegen entlassen wurden, wurde den Beamten der Zutritt verweigert, weil bestimmt angenommen werden konnte, daß die Entlassung nur auf Verreiben der Beamten erfolgt war. Mit dieser Maßnahme hatten wir das Richtige getroffen, denn Goldschmidt ließ folgende Bekanntmachung anhängen:

„Seit geraumer Zeit versucht Herr Hilpmann als Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes mit falschen und entstellten Anträgen die Arbeiter der Firma Th. Goldschmidt gegen ihre Arbeitgeber aufzuheizen. Die Firma hat bisher Beamte zu den Versammlungen entsandt, um derartigen Angriffen zu entgegnen und unwahre Behauptungen richtig zu stellen. — Als in der letzten Versammlung vom 26. Juli die Vertreter der Firma, Herr Ludwig und Herr Sperling, ausgewiesen wurden, konnte sich die Firma nicht mehr gegen die Angriffe des Fabrikarbeiterverbandes verteidigen. Es besteht damit die Gefahr, daß das gute Verhältnis zwischen der Firma und den Arbeitern getrübt wird, welches beiden zum Nachteil wäre. — Ich warne hiermit jeden Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes zu werden, sowie dessen Vertreter durch Beiträge oder Informationen zu unterstützen und seine Versammlungen zu besuchen. Zuwiderhandelnde haben ihre Entlassung zu gewärtigen.“

gez.: Th. Goldschmidt.

Wir verstehen den Schmerz der Firma durchaus. Aber wir verwahren uns gegen die Unterstellung, den beiden Vertretern der Firma sei der Zutritt zu den Versammlungen verweigert worden, weil sie die Firma verteidigten. Das hätten sie bis in alle Ewigkeit tun können. Aber wir hatten die begründete Vermutung, daß die beiden Herren sich nicht nur als Verteidiger der Firma, sondern auch als Ausschöcker und Berichterhalter betätigten und daß die Entlassung mehrerer Arbeiter auf die Handlungen dieser Herren zurückzuführen sind. Das legt uns die Pflicht auf, den Herren die Tür zu sperren, um die Arbeiter zu schützen. Das zur Steuer der Wahrheit. Ob und inwieweit die beiden Herren ihr Verhalten vor sich und andern verantworten können, unterlassen wir hier nicht, wir bemerken nur, daß wir einen Arbeiter, der sich ähnlich verhalten ließe, in unsern Reihen nicht dulden würden. Wie aber die Firma aus der selbstverständlichen Abwehr der Arbeiter das Recht herleitet, für die Arbeiter das Koalitionsrecht aufzuheben, ist uns unerfindlich. Kennt die Firma Goldschmidt die Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung nicht? Fürchtet sie nicht, daß schließlich einmal der Staatsanwalt sich ins Mittel legen könnte, um zu verhindern, daß Unternehmer durch Gesetz garantierte Rechte einfach ausüben durch ihre Privatgesetze? Oder meint sie, der § 153 sei nur für Arbeiter da? Und glaubt die Firma wirklich, die Arbeiter seien kurzfristig genug, um sich aus dem Verbanne herauszuwinden und charakterlos genug, um sich für die Truppe eines Debüis anwerben zu lassen?

Gesundheitschädlichkeit übermäßig warmer Betriebe.

Angehaltender Hitze, unter deren Einwirkungen in erster Linie auch die chemischen Arbeiter empfindlich zu leiden haben und auch in ihrer Leistungsfähigkeit sehr merklich beeinträchtigt werden, hat der Polizeipräsident von Berlin die Gewerbeinspektoren ersucht, bei den Gewerbeunternehmern dahin zu wirken, daß den Einflüssen der hohen Wärme nach Möglichkeit begegnet wird. Zu diesem Zwecke sind die Arbeitsräume durch Öffnenlassen der Fenster und Türen zur Nachzeit auszukühlen und bei Tage, soweit das ohne Beeinträchtigung der Arbeiter und ohne Störung des Betriebes möglich ist, zu durchlüften. Die Arbeiter sind vor der direkten Einwirkung der Sonne zu schützen, die Fußböden feucht zu halten. Wo mechanische Hilfsmittel vorhanden sind, empfiehlt es sich, geflügelte Luft in die Arbeitsräume zu treiben. Erfahrungsgemäß kann man die Körpertemperatur merklich herabsetzen und sich erfrischen, wenn man Gesicht und Hände in kaltes Wasser taucht; es ist deshalb dahin zu wirken, daß Zapfhähne mit fließendem Wasser in ausreichender Menge vorhanden sind und daß es den Arbeitern nicht verweigert wird, sie während der Arbeitszeit zu benutzen. Besonders gut ist die Vereinhaltung kühler Getränke, wie dünner Kaffee, leichter Tee. Beide Getränke wirken schon erfrischend, auch wenn sie nicht ganz kalt sind. Ferner kommen in Frage: Magermilch, gekühtes Wasser, Limonaden, Selterswasser. Letzteres wirkt, in größeren Mengen genossen, stark schweißertregend. Schädlich ist eiskaltes Wasser; vor Bier und andern alkoholischen Getränken ist zu warnen, weil sie nur momentan anregen, dann aber erschöpfend wirken.

Diese Anregungen sind sehr schön. Besser wäre es noch, wenn die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert worden wäre. Die Arbeiter haben schon längst erkannt, daß selbst die Vorschläge eines Polizeipräsidenten der Mehrzahl der Unternehmer vollständig gleichgültig sind und nur durch eine gute Organisation solche Maßschläge realisiert werden können.

Ueber Neuerungen in der Anlage von Sprengstoff-Fabriken.

Während man bisher sämtliche Gebäude des gefährlichen Teils von Sprengstoff-Fabriken in leichtem Holzbau herstellte, ist man bei der Errichtung von Magazinen seit ungefähr 10 Jahren zum Kiezelbau übergegangen. Durch Versuche ist erwiesen, daß bei einer Explosion keine Sprengstücke gebildet werden, sondern der Kiezelbeton zu feinem Staub zermahlen wird. Wegen der Begrenzung der Spannweite der Gewölbekonstruktion stößt die Anwendung dieser Bauweise auf die Betriebsverhältnisse auf gewisse Schwierigkeiten. Die Bauten werden mit einer vollständigen Erdüberdeckung und bespaltener Ballunggebung versehen. Bei einer etwaigen Explosion soll der größte Teil der freierwandelnden Energie zur Zerstörung des Gebäudes und Aufhebung des aufliegenden Erdreichs dienen; es ist ferner anzunehmen, daß die Blitzschlaggefahr, die die meisten Explosionen zur Ursache haben, bedeutend verringert wird, daß eine Brandgefahr so gut wie ganz ausgeschlossen ist, und daß auch durch herabfallende Schleuderstücke, die vom Erdreich aufgeflogen werden, kein Schaden angerichtet werden kann. Diesen Vorzügen steht der Nachteil der Raumbeengung, der schlechten Beleuchtung und der schwierigen Ventilation entgegen.

Zwangweise Einstellung einer Pulverfabrik.

Bekanntlich ist am 5. Juni d. J. ein Teil der Wülshauschen Pulverfabrik in Rummenohl infolge Blitzschlags in die Luft geflogen. Gegen den Wiederaufbau haben sich die Umwohnenden wegen der Gefährlichkeit gewehrt und sich dabei auf eine Einstellung des

Minister vom 5. September 1902 gefügt, in der gesagt wurde, „daß die fernere Benutzung der Anlage dann zu unterliegen sein werde, wenn etwa eine neue größere Explosion den Beweis erbringen sollte, daß der Betrieb trotz der neuen Einrichtungen den im Interesse des Gemeinwohls zu stellenden Anforderungen nicht immer genügt“. Jetzt wurde durch Beschluß des Bezirksauschusses der Annaberger Regierung die genannte Pulverfabrik wegen Gefährdung des Gemeinwohls geschlossen.

Gewinne der Kunstseideindustrie.

Die Weltproduktion an Kunstseide wird für 1908 auf etwa vier Millionen Kilogramm geschätzt, wovon auf Deutschland allein 1.200.000 Kilogramm kommen. Der Verbrauch Deutschlands übersteigt die Produktion, er beträgt 1.500.000 Kilogramm im Werte von 20 Millionen Mark. Die Fabrikation kann nach zwei Verfahren vorgenommen werden, dem Chardonnet- und dem Kupferammonialverfahren. Nach dem ersteren arbeiten:

	Société de la Soie de Chardonnet in Belancourt	Société de la Soie Arctifabrique in Aubise	Kunstseidefabriken in G. Kettlerbach	Ungar. Kunstseide-gesellschaft in Sarant
Produktion in Kilogramm	700 000	500 000	425 000	250 000
Dividende in Mark	960 000	1 010 000	365 000	—
Dividende in Proz.	60 Proz.	50 Proz.	10 Proz.	—
Rücklagen und Abschreibungen	50 000	516 000	225 000	276 000
Reserven	3 988 560	920 000	2 629 130	—

Nach dem Kupferammonialverfahren arbeiten:

	Vereinigte Glanzstoffabriken, Elberfeld	Erste österreichische Glanzstofffabrik, St. Pölten	Société de la Soie Arctifabrique, Paris	Société de la Soie Arctifabrique, Strzeg
Produktion in Kilogramm	800 000	275 000	200 000	150 000
Dividende in Mark	1 000 000	250 000	807 000	150 000
Dividende in Proz.	40 Proz.	10 Proz.	17 Proz.	6 Proz.
Rücklagen und Abschreibungen	1 059 000	324 000	146 000	138 000
Reserven	3 962 000	151 000	86 500	31 000

Die Reserven stammen zum Teil aus den Ueberschüssen mehrerer Jahre.

Tonangebend in der Kunstseideindustrie sind also Frankreich und Deutschland. Am besten rentieren die Elberfelder Glanzstoffabriken, die neben 40 Prozent Dividende noch stattliche Abschreibungen und Rücklagen aufweisen. Würden sie mit den Abschreibungen und Rücklagen verfahren sein wie die Chardonnetgesellschaft, so wären 80 Prozent Dividende verteilt worden. Demnach rentiert jedenfalls das Kupferammonialverfahren am besten. Die Kunstseidefabriken in Kettlerbach haben ebenfalls eine stattliche Reserve zurückgelegt, so daß nach Ueberwindung einiger Schwierigkeiten die Dividendemühle bald wieder lustig klappern wird.

Bergiftung durch Benzoldämpfe und -Dämpfe.

Die „Zeitschrift für Gewerbe-Hygiene“ schreibt: Wie bedenklich die Wirkung eingateter Benzoldämpfe werden kann, zeigte ein Fall in einer Dachpappen- und Dachleinenfabrik, wo ein Arbeiter nur ganz kurze Zeit solchen Gasen ausgesetzt war. Es stellten sich alsbald Brustschmerzen, Leibschmerzen und Erbrechen in dem Maße bei ihm ein, daß seine Ueberführung in ein Krankenhaus notwendig wurde.

Durch Benzoldämpfe wurden ebenfalls mehrere schwere Unfälle verursacht. In einer Koksanstalt dienten zur Ansammlung des aus den Koks gasen abgechiedenen und durch Destillation aus dem Absoptionsmittel, dem Waschöl, gewonnenen Rohbenzols zwei eiserne Kessel von je 24 Kubikmeter Fassung, welche in einer mehr als drei Meter tiefen Grube angeordnet waren, die mit ihrem Mauerwerk wenig über den Erdboden hervorragte. Das Benzol lief den Kesseln aus den Kolonnenapparaten zu und wurde aus den Kesseln mittels Druckluft in Eisenbahn-Tankwagen befördert. Zur Bedienung der in den Benzol- und Luftleitungen befindlichen Ventile mußte man die Sammelkessel besteigen, deren Manndächer während des Füllens offen standen. Die Grube war mit einem geneigten Dach überdeckt, das etwa 1 bis 1,25 Meter über dem Scheitel der Kessel lag. Ueber dem Dach erhoben sich einige mit Türen versehene Holztische von 2 Meter Höhe und 0,8 Meter Seitenlänge, welche der Lüftung des Raumes dienen sollten und zugleich die Zugänge zu den Kesseln bildeten. An einem Sommertage war in üblicher Weise Benzol aus dem einen Behälter in einen Eisenbehälter übergedrückt worden und ein Arbeiter hatte danach zwecks Umstellung der Ventile den Raum bestiegen. Er blieb länger als gewöhnlich aus; sein Kamerad in der Destillieranlage, dem dies auffiel, sah nach und fand ihn bewußlos in gebückter Stellung auf dem Benzolkessel, wo er sich krampfhaft an die Rohrleitungen klammerte. Der Versuch, ihn herauszuziehen, mißlang. Der Helfer holte deshalb noch einen Mitarbeiter herbei. Inzwischen war der Verunglückte auf den Boden der Grube hinabgeglitten. Die beiden stiegen nach, saßen den Bewußtlosen, mußten aber flüchten, weil ihnen übel wurde. Lehmlich erging es einem dritten. In Gegenwart eines Betriebsleiters wurde noch ein vierter Arbeiter am Seil hinabgelassen; dieser fiel sofort um und wurde tot herausbefördert. Endlich gelang es einem mit Rauchhelm versehenen Grabenreiger, den zuerst Verunglückten tot zu bergen. Die Ursache dieser traurigen Fälle liegt klar. Das aus der Destillation abgekauene Benzol war warm und verdunstete stark; die Benzoldämpfe, schwerer als Luft, erfüllten den denkbar ungewöhnlich eingerichteten, nicht entlüfteten Raum, in welchen auch bis dahin die Druckluft ausgeblieben worden war, und vergifteten die Arbeiter. Wichtig ist, daß außerdem noch andre ständige Verbindungen, Schwefelwasserstoff, aromatische Schwefelverbindungen usw., zu der Katastrophe beigetragen haben. Die chemische und spektroskopische Untersuchung von Blutproben der Beiden hat keinen Aufschluß über die spezifische Todesursache geliefert; sie fand auch erst einige Tage nach dem Tode der Verunglückten statt. Aus Anlaß der Unfälle sind auf den in Betracht kommenden Anlagen, deren Betriebsleiter übrigens schon vorher auf die Vergiftungsgefahren bei der Destillation verdickter Waschöle aufmerksam gemacht worden waren, die Dächer über den Grubenbehältern beseitigt worden. Die Ventile können jetzt von einer freitragenden umwehrten Bühne aus bedient werden. Die Tanks sind durch hochgehobene Rohre entlüftbar.

Ein ähnlicher, in seinen Folgen minder schwerer Unfall geschah in einer andern Benzolfabrik. Der Vorarbeiter hatte beim Entleeren einer neuen Destillation vergessen, die Wasserleitung in Gang zu lassen; er wurde durch austretende Benzoldämpfe betäubt, vermochte

sich zwar noch bis ans Fenster zu schleppen und nach außen bemerkbar zu machen, wurde aber lebend hinausgebracht, starb aber gleich darauf. Ein Mitarbeiter war ebenfalls betäubt worden, konnte aber durch Sauerstoff gerettet werden. Auch hier ist die Bereitstellung von Schutzausrüstungen gefordert worden; ferner kann die Bedienung der Kühlwasserleitung jetzt auch von außen erfolgen.

Hier ist geradezu verbredlich mit Menschenleben gespielt worden. Nicht einmal die notwendigsten Schutzvorrichtungen waren vorhanden. Man bedenke: drei Arbeiter verletzten ihren Kameraden zu retten; aber die vorhandenen Gase trieben sie zurück. Jetzt kommt der Betriebsleiter. Er versteht es besser. Ein Arbeiter wird ohne Schutzhelm am Seil hinabgelassen und ist sofort tot. Nachdem also zwei Menschenleben geopfert sind, holt man einen Grabenreiger, der einen Rauchhelm besitzt; dieser erst ist in der Lage, den Toten herauszubefördern. Auch in einer andern Fabrik der gleiche Fall, und nachdem diese Unfälle passiert sind, werden endlich ernstliche Schutzmaßnahmen erwogen. Es ist nur schade, daß die Namen dieser Ausbeutegeheimnisse nicht genannt werden. Wie notwendig wäre hier eine starke Organisation, um einmal eine Beseitigung der Mißstände anzustreben. Es bleibt die Tatsache bestehen: „Ohne Organisation sind die Gewerbeinspektoren nicht in der Lage, bestimmte Mißstände zu finden und deren Beseitigung durchzuführen.“ Wo aber bleibt der Staatsanwalt? —

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

Organisationsbestrebungen der märkischen Ziegeleibesitzer.

Im Monat März d. J. haben sich die märkischen Ziegeleibesitzer zu einer Preiskonvention zusammengeschlossen, die auch durch die Hochhaltung der Ziegelpreise ihre Früchte gezeitigt hat. Durch diesen Erfolg ermutigt, beabsichtigen dieselben nun eine noch engere und nützbringendere Organisation zu schaffen. Eine kürzlich in Berlin stattgefundene Versammlung des märkischen Ziegeleibesitzer-Bundes beschloß sich mit der Gründung eines Ziegelesyndikats, wozu der Ziegeleibesitzer Jacrich den einleitenden Vortrag hielt. Die Preiskonvention oder Preisvereinbarung ist den Ziegeleibesitzern ein zu loses Gefüge, das wohl bei stottem Geschäftsgang funktioniert, bei Absatzrückungen aber manchem versagt. Ist die Warenproduktion größer als der Warenabsatz, so sucht stets ein Teil der Mitglieder die Vertragsbestimmungen zu umgehen, um seine Produktion abzusetzen. Dadurch wird dann der andre Teil, der sich streng an die Vertragsbestimmungen hält, geschädigt. Zur Zeit der guten Baukonjunktur fällt das weniger ins Gewicht, um so mehr aber dann, wenn die Bauaktivität gering ist. Trotz der Preiskonvention können dann durch Gewährung von allerlei Vergünstigungen die Gewinne niedergedrückt werden. Die Preiskonvention kann also wohl bestimmte Ziegelpreise festsetzen, sie kann aber die Ueberproduktion nicht verhindern, die dann wiederum auf Umwegen den Zweck der Konvention vereitelt.

Das Ziegelesyndikat dagegen bildet eine straffere Organisationsform, deren Bestimmungen weniger leicht zu umgehen sind. Sie ermöglicht vor allem eine Einschränkung der Produktion oder eine Anpassung der Produktion an die Warennachfrage. Die Warenbestellungen werden durch die Zentrale des Syndikats entgegengenommen und nach gleichen Grundsätzen, je nach der Erzeugungsfähigkeit prozentual auf die einzelnen Ziegeleien verteilt. Aber auch hier ergeben sich noch mancherlei Unstimmigkeiten, besonders bei größerer Produktionseinschränkung. Obwohl die Aufträge prozentual richtig auf große und kleine Betriebe verteilt werden, sind die großen modern eingerichteten Betriebe gegenüber den kleinen primitiv eingerichteten Betrieben stets im Nachteil. Die Unterhaltung von umfangreichen Tongruben und Tonfeldern, der Betrieb von Bagger- und Fördermaschinen, die Unterhaltung von Transport-, Kraft-, Licht- und Trockenanlagen gestaltet sich nur rentabel, wenn diese Einrichtungen voll ausgenutzt werden können. Bei einer 30—40prozentigen Einschränkung der Produktion ist aber eine volle Ausnutzung ausgeschlossen, so daß die große modern ausgestattete Ziegelei teurer produziert als die kleine Handstrichziegelei, deren ganze maschinelle Einrichtung vielleicht aus einem Tonkneider mit Pferdeantrieb besteht. Die Folge davon ist, daß die großen Ziegeleier nur schwer zum Anschluß an das Syndikat zu bewegen sind oder demselben bei der nächsten Gelegenheit wieder Palet sagen, um dann als Außensteiter dem Syndikat schwere Konkurrenz zu machen, wobei nicht selten das Syndikat in die Brüche geht.

Um dem nun vorzubeugen, sind die märkischen Ziegeleibesitzer bestrebt, das zu gründende Ziegelesyndikat noch mehr auszubauen. Nach den Ausführungen des Ziegeleibesitzers Jacrich soll dabei folgender Grundsatz gelten:

„Volle und intensive Ausnutzung derjenigen Betriebe, welche infolge ihrer günstigen und modernen Betriebsbedingungen am billigsten arbeiten und der Qualität nach die besseren Ziegel herstellen, und vollständige Stilllegung einzelner Betriebe, welche mit ungünstigen Tonverhältnissen, veralteten Betriebs-Einrichtungen und mit geringer Qualität ihrer Erzeugnisse zu rechnen haben.“

Die Produktionseinschränkung soll also in eine andre Form gekleidet werden. Die großen leistungsfähigen Ziegeleien werden voll beschäftigt, die kleinen aber stillgelegt. Auf diese Weise werden die großen Werke dem Syndikat zugeführt, es wird billiger und besser produziert und die Ziegelpreise können leichter hochgehalten werden. Die Stilllegung der einzelnen Ziegeleien soll nach folgenden Gesichtspunkten erfolgen:

1. Werke, die Hintermauerungsziegel von geringer Qualität und nicht genügender Druckfestigkeit erzeugen,
2. Werke, die nicht mehr über eigenes Tonlager verfügen, sondern denselben, wie dies in der Gegend vielfach üblich ist, als Baggerton aus entfernt gelegenen Tongruben per Schiff nach ihrer Ziegelei beziehen,

3. Werke, die mit außerordentlichen Kosten und Schwierigkeiten in der Abraumabhebung oder Tongrubenwasserbewältigung zu kämpfen haben,

4. Werke, deren Betriebseinrichtungen bei noch vorhandenem Tonlager veraltet sind und mangels genügenden Kapitals des Eigentümers nicht modernisiert werden können.

Die stillgelegten Ziegeleien sollen natürlich angemessen entschädigt werden. Zu diesem Zweck ist eine Preiserhöhung um 1,50 Mk. pro Tausend Hintermauerungssteine vorgesehen. Davon erhalten zunächst die Steinhändler 50 Pf. pro Tausend, wofür diese für eine der fortschreitenden Produktion angepasste Abnahme garantieren sollen. Da vorläufig mit einem jährlichen Verbrauch von 1200 Millionen Ziegeleien gerechnet wird, verbleiben der Verkaufsstelle des Syndikats von der Preiserhöhung noch jährlich 1200 000 Mk. Um nun die Ziegelproduktion des Syndikats auf 1200 Millionen herunterzubringen, wäre nach den jetzigen Verhältnissen (es werden gegenwärtig ungefähr 1600 Millionen Ziegelsteine produziert) eine solche Anzahl von kleinen Ziegeleien stillzulegen, die eine Gesamtproduktion von 400 Millionen Ziegelsteinen umfassen.

An die Inhaber der stillzulegenden Betriebe sollen pro Tausend bis zu 2 Mk. Entschädigung gezahlt werden, so daß dafür die Summe von 800 000 Mk. jährlich erforderlich ist. Mühen verbleiben von der Preiserhöhung immer noch 400 000 Mk. pro Jahr für die Syndikatskasse. Von diesen Mitteln soll ein größeres Kapital angeammelt werden, um im gegebenen Fall gegen die Außenleiter und auch gegen die Kalksandsteinindustrie mit Kampfpreisen vorgehen zu können, und dann sollen kleinere oder existenzschwache Ziegeleien aufgekauft werden. Außer den vollständig stillzulegenden Betrieben sollen, wenn notwendig, auch noch solche für eine bestimmte Zeitdauer stillgelegt werden. Diese Maßnahme wird hauptsächlich zur Zeit der geringen Baukonjunktur in Anwendung gebracht werden. Nehmen wir nun an, die Ziegeleibesitzer, deren Betriebe geschlossen werden, produzieren je 2 Millionen Ziegelsteine im Jahr, so erhalten sie für ihr Nichtstun vom Syndikat jährlich 4000 Mk. ausbezahlt. Dabei bleibt es den Ziegeleibesitzern selbstverständlich unbenommen, sich und ihre Betriebe anderweitig nutzbar zu machen.

Für die ausgeschalteten Ziegeleibesitzer soll also in ausgiebiger Weise gesorgt werden. Wie sieht es aber mit den durch die Stilllegung der Ziegeleien überflüssig werdenden Ziegeleiarbeitern? Werden diese auch entschädigt? Das wohl nicht, aber Herr Jaesrich hat sie doch nicht ganz vergessen; er will sie nämlich — in der Landwirtschaft unterbringen, damit auch die Landwirte von dem Ziegeleiarbeiter etwas profitieren. Diese Rechnung dürfte zum Teil auch zutreffen. Die in der Markt beschäftigten Ziegeleiarbeiter sind zu einem großen Teil dort ansässig. Wollten diese nun nach der Stilllegung zahlreicher Ziegeleien nicht zum Wanderstab greifen, so sind sie gezwungen, sich der Landwirtschaft dienlich zu machen. Außerdem erhalten dadurch auch die Ziegeleien, die in Betrieb bleiben, gefügige, billige Arbeitskräfte; denn bevor die Arbeiter für ein Butterbrot in der Landwirtschaft arbeiten, werden sie erst alle Ziegeleien überlaufen und ihre Arbeitskraft so billig wie möglich anbieten. Nach Herr Jaesrich rechnet schon damit. In seinem Vortrag führte er nämlich wörtlich aus:

„Diese Wirkung der Betriebseinstellung einzelner Ziegeleien ist wiederum einer der wesentlichsten Gründe, welcher die marktlichen Ziegeleibesitzer bestimmen sollte, sich einer gewärtig einzurichtenden zentralen Verkaufsstelle anzuschließen; sie werden dadurch einen gewaltigen Gegendruck den Arbeitnehmern gegenüber ausüben und deren gerade in letzter Zeit erheblich gesteigerten Ansprüchen wirksam entgegenzutreten können.“

In vielen andern Industriezweigen hat es sich gezeigt, daß lediglich die Stilllegung einzelner Werke viel mehr dazu beigetragen hat, die Ansprüche der Arbeitnehmer auf ein angemessenes Maß zurückzuführen, während ohne solche Stilllegung die Steigerung der Ansprüche seitens der Arbeitnehmer ins Ungemessene zu gehen drohte.“

Hier hören die Ziegeleiarbeiter aus dem Munde eines Ziegeleibesitzers, was ihnen bevorsteht. Die Ziegeleibesitzer neigen unermüdlich an dem Ausbau ihrer Organisation, um durch die Preissteigerungen ihren Profit zu heben, ihre wirtschaftliche Macht zu stärken. Das Kapital, das in der Syndikatskasse angehäuft wird, soll dann dazu dienen, einen „gewaltigen Gegendruck“ auf die Arbeiter auszuüben und deren „gehörigsten Ansprüchen“ entgegenzutreten. Wo in aller Welt haben denn die Ziegeleiarbeiter der Markt schon einmal einen Druck auf die Ziegeleibesitzer ausgeübt, wo gelegentliche Anträge gestellt? Leider nirgends! Das schwache Organisationsverhältnis hat das noch nirgends zugelassen. Wenn die Ziegeleibesitzer also einen „gewaltigen Gegendruck“ beschließen, kann es sich nur darum handeln, die jetzigen Löhne und Arbeitsverhältnisse der Ziegeleiarbeiter noch mehr herabzudrücken. Ganzlich herabzudrücken auf ein „angemessenes Maß“, sagt der Ziegeleibesitzer Jaesrich. Die jetzigen Arbeitsbedingungen waren demnach „unangemessen“ hoch. Die 627 Mark Jahresverdienst, die im Jahre 1909 in der Provinz Brandenburg erzielt wurden, sind den Ziegeleiarbeitern noch zu viel. Vielleicht bemerken sie jetzt auch den Plan, der ihnen schon im Vorjahre in der „Landwirtschaftlichen Zeitung“ entworfen wurde, und sollen sich eine neue Stelle suchen. Wie ist es mit einer Mark Ziegeleien und einer Mark Ziegeleien? Die in der Provinz Brandenburg ansässigen Ziegeleiarbeiter aber sind nun gewarnt. Sie sollen sich den Weg der Gleichgültigkeit suchen. Sie sollen sich nicht von dem Ziegeleibesitzer lassen, und so weiter werden sie von ihm genutzt. Deshalb aufgewacht, Ziegeleiarbeiter, nicht auch von dem Ziegeleibesitzer nicht; im Schlaf niederknien, sondern setzt dafür, daß sie auch gehen können!

— Die goldfreien Ziegel.

Ein niedliches Korruptionsgeschickchen wurde kürzlich der „Vossischen Zeitung“ aus Warschau berichtet: Dort wird seit etwa zehn Jahren auf dem Sächsischen Plage eine neue russische Kathedrale gebaut. Die Glasurziegel für den Frontgiebel werden auf Grund besonderer Bewilligung goldfrei vom Ausland bezogen. Nach dem Verträge sind sie vom Lieferanten zurückzunehmen und durch andere zu ersetzen, wenn sie von der Lebensnahemission demangelte werden. Die neuen Ziegel gehen natürlich wieder goldfrei ein, die zurückgewiesenen aber werden dem Lieferanten zur beliebigen Verwendung zurückgegeben. Dieser verkauft sie und steckt, da sie goldfrei sind, einen hohen Profit ein. Er hat also alles Interesse daran, daß die Ziegelbindungen von der Kommission demangelte werden. Je öfter und je größere Posten, desto besser. Und die Kommission war freundlich genug, ihm in dieser Hinsicht gefällig zu sein. So wurden seit zehn Jahren Millionen Ziegel goldfrei bezogen, und der Lieferant machte ein großes Vermögen dabei. Jetzt hat sich Senator Reichardt der Sache angenommen und von den Zollämtern (man bezog die Ziegel, um kein allzu großes Aufsehen zu erregen, über fast alle Zollämter des Reiches) einen Ausweis über die zahlreichen Ziegeltransporte verlangt.

— Berliner Ziegelpreise.

Nach den Preisfeststellungen der ständigen Deputation für Ziegelindustrie und Ziegelsteinhandel der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin wurden als niedrigste Frühjahrs- und Herbstpreise für 1000 Stück folgender Sorten in Mark gezahlt:

	Sept. 1908	März 1909	Sept. 1909	März 1910	April 1910
Hinterm.-Steine 1. Kl.	18,00	25,00	22,50	23,50	23,75
Klinker (Ober)	28,00	34,00	32,00	30,00	33,00
Kalksandsteine	18,50	26,00	21,00	21,00	22,00

Zwar sind die ganz ungewöhnlich hohen Preise vom März 1909 nicht wieder erreicht worden, ein Vergleich der jetzigen Preise mit denen im September 1908 ergibt aber eine enorme Steigerung, wovon bei den Arbeitnehmern bis jetzt aber nicht das geringste zu verspüren ist. Mögen die Arbeiter durch Stärkung ihrer Organisation da etwas nachhelfen.

— Im Menschenkot erstickt.

Vor einigen Tagen ereignete sich in der harnantischen Ziegelei in Drachenbrunn bei Breslau ein eigenartiger Unfall, wobei ein Ziegeleiarbeiter einen entsetzlichen Tod fand. Der Ziegler hatte sich abends nach dem Abort zurückgezogen, um ein Bedürfnis zu befriedigen, dort muß er eingeschlafen und hinterträts in den Menschenkot gefallen sein. Als man ihn am nächsten Tage fand, ragten nur die Beine aus dem Mist heraus. Die Abort-Siggelegenheit bestand nur aus einer Leiste, und es ist daher kein Wunder, daß ein von schwerer Ziegeleiarbeit übermüdet Mensch, der schließlich auch noch Alkohol genossen hatte, einschiel und einen solch entsetzlichen Tod fand. Am nächsten Tage wurde sofort diesem Uebelstande abgeholfen und eine aus vier Weillen bestehende Siggelegenheit geschaffen. Warum nicht früher, mußte erst ein Menschenleben zugrunde gehen?

Es ist unbedingt notwendig, daß die Gewerbeinspektion eine gründliche Revision der Ziegeleien in der Umgebung Breslaus vornimmt, denn das Zieglerelend schreit gen Himmel. Für die Organisation ist die Mehrzahl der Ziegler unempfindlich, sie stehen auf einem zu tiefen geistigen Niveau, auch machen ihnen ihre Glendstände die Zahlung der Verbandsbeiträge fast unmöglich. — Viele Uebelstände treffen selbstverständlich nicht nur auf die Ziegeleien der Umgegend von Breslau zu, sondern auch für alle andern Ziegeleien, wo die Organisation noch nicht Fuß fassen konnte. Die Arbeiter können sich nicht um ihre Rechte und deshalb können diese auch von den Ziegeleibesitzern mit Füßen getreten werden. Es sei nur daran erinnert, daß unsre Forderung auf Verbesserung der sanitären Einrichtungen, die in diesem Frühjahr an die Ziegeleibesitzer von Hamburg und der Unterelbe erging, von dem Vorsitzenden des Ziegeleibesitzerverbandes „Weier-Elbe“, Herrn Schönhoff, als Unfuss bezeichnet wurde. Erst wenn sich die Ziegeleiarbeiter selbst mehr auf ihre Menschenwürde besinnen, sich als Menschen fühlen und auch betätigen, wird die verbrecherische Unverschämtheit der Ziegelproben beseitigt werden können.

Aus der Zuderindustrie.

† Steigende Gewinne in der Zuderindustrie.

Die Zuderindustrie hat das letzte Geschäftsjahr besser abgeschlossen als das Jahr zuvor. In ganzen haben während der ersten sieben Monate d. J. 104 Aktienzuderfabriken mit einem Aktienkapital von insgesamt 80 Mill. Mark ihre Bilanzen veröffentlicht, aber nur 94 davon wiesen ihren Reingewinn resp. Verlust so aus, daß er mit dem Jahre zuvor vergleichbar ist. Von diesen 94 Gesellschaften haben im Jahre 1909 genau wie 1908 wieder 84 Reingewinn und 10 Verluste erzielt. Das Aktienkapital stellte sich bei diesen 89 Gesellschaften im Jahre 1908 auf 66,23, im Jahre 1909 auf 72,45 Mill. Mark. Der Reingewinn betrug für 1908 11,96 Mill. Mark und ging 1909 auf 13,78 Mill. Mark hinauf. In Prozent des Aktienkapitals stellte sich, unter Berücksichtigung der Kapitalerhöhungen der Reingewinn 1909 auf 19 Prozent gegen 18,6 im Jahre 1908. Verlust hatten im Jahre 1908 5 Zuderfabriken mit einem Aktienkapital von 9,01 Mill. Mark, im Jahre 1909 ebenfalls 5 mit einem Kapital von nur 3,39 Mill. Mk. Der Verlust hielt sich für das letzte Geschäftsjahr auf 1,20 Mill. Mark gegen 1,18 im Jahre zuvor; er hat also etwas zugenommen, ohne aber die Gewinnsteigerung merklich zu beeinträchtigen. Gruppieren wir die Zuderfabriken, die über ihre Gewinn-ergebnisse berichten, nach den hauptsächlichsten Landesteilen in denen sie domicilieren, so erhalten wir folgendes Bild. Es betrug:

	Zahl der Fabriken	Akt.-Kap. in 1000 Mk.	Reingewinn in 1000 Mk.
		1909	1908
Brandenburg	23	9 664	1414
Hannover	22	11 441	914
Provinz Sachsen	5	9 302	230
Hessen	5	6 964	1597
Wendland	6	4 116	1501

Von den 94 über Gewinn und Verlust berichtenden Fabriken haben nur 49, also wenig mehr als die Hälfte, ihre Dividenden ausgewiesen. Bei diesen 49 Gesellschaften, die im Jahre 1908 ein Aktienkapital von 59,43 Millionen Mark, im Jahre 1909 ein solches von 51,70 Millionen Mark hatten, stellte sich die Dividenden-summme 1908 auf 3,70, 1909 auf 3,99 Millionen Mark. Es ergibt sich im Durchschnitt für 1909 eine Dividende von 7,7 Prozent gegen 7,3 Prozent im Jahre 1908. Also nicht allein die Gewinne sind in die Höhe gegangen, sondern auch bei der Dividende ergibt sich eine Steigerung. Hierbei sei gleichzeitig bemerkt, daß bei den Zuderfabriken die Dividendenhöhe nicht immer einen Schluß auf die Rentabilität des Werkes zuläßt. In vielen Zuderfabriken wird der Gewinn in Form erhöhter Rübenpreise an die Rüben liefernden Aktionäre bezahlt. Die Dividende ist dann naturgemäß niedrig oder fällt auch ganz aus. Wenn die Durchschnittsdividende trotzdem noch fast 8 Prozent beträgt, so zeigt das von einer recht annehmbaren Verrentung des Kapitals. Daß die Arbeitsverhältnisse in der Zuderindustrie in den letzten Jahren in der deutschen Industrie überhaupt gebessert, haben wir wiederholt nachgewiesen.

† Projekt einer Zuderfabrik in England.

England importiert pro Kopf der Bevölkerung berechnet, den meisten Zuder. Trotzdem hat es keine einzige Zuderfabrik. Es bezieht seinen Zuder fast ausschließlich aus Deutschland und hat dabei billigere Zuderpreise als wir, und zwar deshalb, weil die englische Regierung den Zuder durch keinerlei Zölle und Abgaben belastet. In Deutschland hingegen muß von jedem Pfund Zuder eine Verbrauchssteuer von 7 Pf. — früher sogar noch weit mehr — ge-

zahlt werden. Unter dem Schutze dieser „nationalen“ Steuerpolitik Deutschlands konnte sich in England eine blühende Konfektindustrie entwickeln, die mit billigerem Zuder billige Konfekten herstellt und nach Deutschland — woher sie oft nicht nur den Zuder, sondern auch die Früchte, Obst usw. bezogen hatte — exportiert. Seit Abschluß der Brüsseler Konvention ist die Verteuerung des deutschen Zuders für das Inland etwas geringer geworden, und wenn nicht bei den Steuerhandlungen des Jahres 1909 das Zentrum so schmächtlichen Arbeiterverrat getrieben hätte, wäre die Steuer auf 5 Pf. pro Pfund herabgesetzt worden, gemäß einem Versprechen der Regierung. Diese Minderung der Differenz zwischen den Zuderpreisen in England und Deutschland beunruhigt die englische Konfektindustrie, an der, nebenbei bemerkt, deutsches Kapital in erheblichem Maße beteiligt ist. Schon seit Jahren tauchten Pläne auf, die die Schaffung einer eigenen Rübenzuckerindustrie für England zum Zweck hatten. Jetzt scheinen diese Pläne verwirklicht zu werden.

In Malbon (Essex) soll von einer holländischen Raffinerie, in Gemeinschaft mit mehreren holländischen Besitzern, die erste englische Zuderfabrik eröffnet werden. Mr. G. G. Strutt, ein Bruder Lord Shaftesbury, der sich als Landwirt und besonders in der Milchwirtschaft einen Namen gemacht hat, und ein anderer Essexer Landwirt und Geschäftsmann, Mr. William Hasler, sollen in die Direktion eintreten. Das Aktienkapital wird auf 200 000 Pfund Sterling angesetzt, wovon 80 000 Pfund Sterling in Maschinen anzulegen sind. Wahrscheinlich werden deutsche Maschinen, mindestens teilweise, zur Verwendung kommen. Sollte das Projekt sich realisieren, so würde man in der ganzen zuderfabrizierenden Welt und besonders in Deutschland diesen ersten Schritt Großbritanniens auf dem Gebiete der Rübenzucker-Fabrikation mit dem größten Interesse verfolgen, zumal dann die Stellung Englands zur Erneuerung der in zwei Jahren ablaufenden Brüsseler Konvention dadurch beeinflusst werden könnte. Die deutsche Zuderindustrie würde vom Gelingen des Planes natürlich nicht erbaut sein, denn dadurch ginge ihr ein Hauptabgabebiet verloren. Dieser Verlust könnte nur ausgeglichen werden, wenn die deutsche Regierung sich zu einer völligen Abschaffung der Zudersteuer verstehen würde. Dadurch könnte nämlich der Inlandsverbrauch vermindert werden, daß der Verlust des englischen Marktes kaum merkbar würde.

† Kampf der amerikanischen Zuderarbeiter.

In der Zuderrefinerie in Williamsburg (Stadtteil von Newyork-Brooklyn) sind die Arbeiter und Arbeiterinnen vor ca. 4 Wochen in den Streik getreten. Ueber die Ursachen dieses Streiks schreibt ein Berichterstatter des „Vorwärts“:

Ein Werkführer hatte einen Arbeiter geschlagen. Zwei Kollegen des Mißhandelten suchten diesen vor der Wut des rohen Wutigen zu schützen. Zur Strafe wurden sie gleich dem Geprügelten wegen „Widergesetzlichkeit“ entlassen. Die Arbeiter, die seit dem letzten Frühjahr organisiert und nicht mehr die wehrlosen Objekte hundertfachen Uebermuts sind, verlangten die WiederEinstellung der drei Gemäßigten und die Entlassung des schuldigen Werkführers, auf dessen Seite sich die Raffinerieverwaltung stellte. Die Arbeitseinstellung war die Folge. Nachdem der Streik 8 Tage gedauert hatte, traten die Zuhilfen, welche den Zuder von der Raffinerie nach dem nahe gelegenen Frachthafen fahren, in den Sympathiestreik ein. Mit Streikbrechern wurde die Förderung des Zuders nach einigen Tagen wieder aufgenommen. Dabei kam es infolge der Provokationen der Streikbrecher und der von den Unternehmern gestellten Schutzgarde zu blutigen Zusammenstößen. Der Berichterstatter des „Vorwärts“ schreibt darüber:

Die fast alle in der Nähe der Raffinerie wohnhaften Ausständigen, über 2000 an der Zahl, belebten die Straßen. Sie ließen die von Spezialpolizisten bewachten schwerbeladenen, von Streikbrechern gelenkten Wagen der Raffinerie unbefähigt ihres Weges ziehen. Ein Junge streckte die Zunge gegen einen der Spezialpolizisten heraus. Dieser schlug mit seinem schweren Knüttel unbarmherzig auf den Knaben ein. Das war für die auf einer die Kent Ave. überspannenden, zwei Gebäude der Raffinerie mit einander verbindenden Brücke stehenden, also sicherlich in keiner Weise bedrohten Spezialpolizisten und Beamten des Zudertrusts das Signal, unter die Ausständigen zu feuern. Fünf Männer wälzten sich in ihrem Blute; einer von ihnen, Nowakowsky, war bald darauf eine Leiche; außerdem zählte man Dutzende von minder schwer Verletzten. G. A. Morgan, Kassierer der an der Kent Ave. gelegenen Raffinerie des Zudertrusts, der nach den übereinstimmenden Befundungen mehrerer Zeugen den Mord an Nowakowsky verübte, wurde verhaftet, aber gegen 5000 Dollars Bürgschaft auf freien Fuß gesetzt; die Spezialpolizisten, welche gleichfalls auf die sich durch die Straßen bewegende Menge feuerten, blieben gänzlich unbefehligt. Sie können als „nützliche Elemente“ weiterhin ungehindert mit Knüttel und Revolver ihrer gemeingefährlichen, verbrecherischen Tätigkeit nachgehen.

Der Zudertrust, dem die Williamsburger Fabrik gehört und der den Mord wehrloser Arbeiter angeleitet hat, ist eine mit fast beispielloser Frechheit und Gauneret geleitete Gesellschaft. Er beträgt seine Arbeiter um Lohn, Gesundheit und Leben, seine Lieferanten um Geld, seine Abnehmer mit der Ware und den Staat um seine Abgaben und Steuern. Im Vorjahre wurde James F. Venderhagen, Morgans Vorgänger, wegen fortgesetzten Betrugs und wegen Verhinderung zu betrügerischen Zwecken zu Arbeitshaus verurteilt. Dasselbe Schicksal traf eine Reihe anderer Beamten, darunter Charles H. Heile, den Sekretär und Schatzmeister, also eine der leitenden Persönlichkeiten der American Sugar Refining Co. Die Verbrechen, derenwegen die Verurteilungen erfolgten, wurden im Interesse und mit Wissen der eigentlichen Magnaten des Trusts begangen. Die Verurteilung der Beamten, auf welchen der importierte Rohzuder am Pier der Williamsburger Raffinerie gewogen wird, seit anderthalb Jahrzehnten mit Federn und andern betrügerischen Vorrichtungen versehen und das der Verzollung zugrunde gelegte Gewicht zum Nachteil der Bundeskasse zu niedrig ermittelt. Nach gerichtlichen Feststellungen wurden die Vereinigten Staaten nahezu um zwei Millionen Dollars betrogen; in Wirklichkeit dürfte es sich um eine noch viel größere Summe handeln. An schleichenden, aus reinem Habgiergeiz begangenen Arbeitermorden hat er außerdem kein vollgerichtetes Maß verübt. Kein anderer Trust verdammt sein Wachstum und seine Blüte in höherem Grade dem Schutzpolizisten, der wie seine Befürworter im Kongress geltend machten, den Unternehmern die Mittel zur besseren Bezahlung ihrer Arbeiter gewähren sollte. Und doch werden selbst in dem ob seiner Lohnverhältnisse berüchtigten Pittsburg-Verghandlungsfall keine elendern Löhne bezahlt als von dem Zudertrust, dessen Lohnsklaven bei einer unerträglichen Hitze schlafen müssen und langsam aber rettungslos dahinsinken.

Und jetzt, nachdem sich diese unendlich ausgebeuteten Sklaven aufgeregelt haben, um wenigstens einen Rest ihres Menschentums zu retten, sammelt der Trust, unter dem Schutze des Staates, den er um Millionen beschummelt hat, arbeitsscheues Gesindel ein, das als berüchtigt Streikbrecher ein halbunfähiges Dasein führen will. Von diesem Abwurm werden besonders arbeitsscheue Subjekte, welche zudem vor keinem Verbrechen zurückzucken, von den Unternehmern unter Zustimmung der Behörden mit Knüttel und Revolver bewaffnet, mit dem Schutze der andern Streikbrecher und der „Auffrechterhaltung der Ordnung in und bei den Fabriken“ beauftragt und „Spezialpolizisten“ genannt. Sie wissen, daß sie in Ausübung ihres höheren Berufes ungestraft werden können, und sie tun es, sofern sich der erwünschte Vorwand bietet, unbedenklich, wie die Erfahrung hundertfach lehrt. — So erweitert sich auch im „freien Amerika“ die alte Lasterade als allgemein gültig, daß Kapitalisten und Regierung stets zusammenhalten, wenn es gegen die Arbeiter geht. Woraus die Arbeiter die Lehre ziehen müssen, daß sie wenigstens unter sich zusammenhalten müssen. Zu Amerika sowohl als in Deutschland und überall.

Eingegangene Schriften.

G. Mehlisch, Kleiner Leitfaden für Arbeiterbibliotheken. Leipzig Buchhandlung, A. S. Meißner Buchhandlung, Verlag des „Bibliographischen“, Monatschrift für Arbeiterbibliotheken, Tauchaer-Strasse 19/21. Der Preis des sehr reichhaltigen Büchleins ist 60 Pf. für ein broschiertes, 1 Mk. für ein gebundenes Exemplar.